

WISO-Info

DGB

Gewerkschaftliche Informationen
zu Wirtschafts- und Sozialpolitik

Ausgabe 3/2012



► **Kommentar**

Jürgen Bothner über Umverteilung und die Krise 2

► **Interview**

Bastiaan van Apeldoorn über gescheiterte Konzepte der europäischen Integration 5

► **Regionales**

Strukturwandel und Gute Arbeit im Land Bremen 10

Entwicklung und Perspektiven der Kommunal Finanzen in Hessen 18

Bestandsaufnahme: Der Arbeitsmarkt in Niedersachsen 26

► **Forum**

Spanien: Die Austeritätsfalle vertieft die soziale und wirtschaftliche Krise 33

Ungleiche Verteilung und unterfinanzierte öffentliche Haushalte 43

► **Kompakt**

Buchbesprechung: Vergesst die Krise! 47

Buchbesprechung: 23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen 48

Um*fair*teilen - Reichtum besteuern

Von Jürgen Bothner

Wenn wir unsere Verhältnisse in Ordnung bringen, unsere Schulden zurückzahlen, dann ist die Welt wieder gut - so einfach steht das im Lehrbuch der schwäbischen Hausfrau. Doch das Lehrbuch führt ins Leere. Denn was dieser Tage auf den ersten Blick als Schuldenkrise des Staates, der öffentlichen Haushalte insgesamt daher kommt, ist bei näherem Hinsehen eine Krise des Steuerstaates. Eines Steuerstaates, der seine Vermögenden steuerlich privilegiert und jene, die schon heute mehr als 2/3 zu den Staatseinnahmen beitragen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die breiten Schichten der Verbraucher, immer dreister belastet. Denn ein Staat, der die Gutverdienenden, die Reichen und Unternehmen privilegiert, muss sich das Geld, das ihm zur Wahrnehmung seiner Aufgaben fehlt, anschließend bei eben diesen Vermögenden gegen teure Zinsen leihen, oder er muss an Aufgaben- und Sozialabbau gehen.

Dumm und sozial gespalten, aber schuldenfrei - ist keine Perspektive!

Wer die Folgen der Finanz-, Wirtschafts- und Eurokrisen der letzten Jahre nachhaltig bewältigen will, der muss daher nicht nur die Frage beantworten, was uns ein handlungsfähiger Sozialstaat und das Vorhandensein politischer Entscheidungsspielräume in einer Demokratie wert sind, der muss in erster Linie die Staatseinnahmen in den Blick nehmen. Es ist kein Geheimnis: Deutschland leistet sich heute eine im europäischen Vergleich eklatante Unterbesteuerung von großen Erbschaften, Vermögen und Unternehmensgewinnen.

Ein Beispiel: 2001 war das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer der Unternehmen nach der ersten Steuersenkungswelle von Rot Grün geringer als das Aufkommen aus der Hundesteuer - so der damalige CDU Finanzminister von Baden-Württemberg, Gerhard Stratthaus. Derzeit sind es gerade mal 7 Mrd. Euro.

Offensichtlich ist Steuergerechtigkeit für die herrschende Politik in unserem Land ein Fremdwort, wie man im Alltag erleben kann:

- Wer sein Auto verkauft, zahlt Steuern. Wer Unternehmensanteile in Milliardenhöhe veräußert, zahlt keine Steuern. Wer ein Eis kauft, zahlt Steuern. Wer ein Spekulationspapier erwirbt, zahlt keine Steuern.



Jürgen Bothner ist Landesbezirksvorsitzender der Gewerkschaft ver.di Hessen.

- Der Handwerker in den Kommunen zahlt Gewerbesteuer. Der Wirtschaftsprüfer, Notar und Anwalt zahlt keine Gewerbesteuer.
- Wenn ein Hartz-IV-Empfänger ein Brot kauft, zahlt er Mehrwertsteuer. Würde er einen Anteil an einem Immobilienfonds erwerben, würde er keine bezahlen.

Einerseits sind in den vergangenen Jahren die Belastungen der Vielen in Form von Lohnsteuer, Einkommenssteuer und Mehrwertsteuer ständig gestiegen, andererseits aber auch die Entlastungen der oberen bei den Erbschaftsteuern, Gewerbesteuern und Körperschaftssteuern.

Den Schulden der öffentlichen Haushalte stehen unvorstellbar hohe private Vermögen gegenüber, die selbst in Krisenzeiten weiter wachsen. Sie sind kaum oder gar nicht besteuert und werden nicht an den Kosten der Krisen beteiligt. Im Gegenteil, auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagemöglichkeiten heizen diese Vermögen die Spekulationen an den Finanzmärkten weiter krisenverschärfend an.

Daher wird es Zeit, dass diejenigen, die die großen Räder auf den Finanzmärkten weiter drehen und im Spielcasino weiter zocken, eine Finanztransaktionssteuer zahlen müssen. Jedes Drehen am Glücksrad muss Geld kosten - das wird die Spekulation verlangsamen und allein in Deutschland 20 Mrd. Euro im Jahr mehr in die öffentlichen Kassen spülen. Dadurch könnten auch die öffentlichen Haushalte wieder ihre Beschäftigten bezahlen, sie können investieren und sie können auch wieder ihre Schulden zurückzahlen.

Diejenigen, die ihr Geld und Vermögen auf den Kapitalmärkten vermehrt haben, müssen endlich nach ihrem Einkommen besteuert werden und nicht mit einer Abgeltungssteuer von 25 Prozent für kleine Sparer wie für große Zocker gleichermaßen davonkommen. Auch das würde Milliarden bringen.

Und in Deutschland müssen vor allem die zahlen, die seit Jahren in einer Steueroase leben: Um 34 Mrd. Euro würde das deutsche Steueraufkommen steigen, wenn es dem EU-Durchschnitt entsprechen würde. Wir sind ein Steuerparadies, in dem keine Vermögensteuer und eine lächerlich geringe Erbschaftsteuer bezahlt werden und in dem der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer zur Zeiten des Kanzlers Helmut Kohl noch 52 Prozent betrug, während er heute bei 45 Prozent liegt. Ein Zehntel der Menschen in Deutschland besitzt 60 Prozent des Vermögens, ein zweites Zehntel noch einmal 19 Prozent und die Hälfte aller Menschen hat gar kein Vermögen, während das unterste Zehntel der Bevölkerung überschuldet ist.

Die schwachen Schultern tragen immer mehr und die starken Schultern immer weniger Lasten. Weil die Starken den Hals nicht voll kriegen, weil sie immer mehr Geld in die Finanzmärkte pumpen und immer wahnsinnigere Renditen für das eingesetzte Kapital verlangen, darum wurde mit immer abenteuerlichen Manövern spekuliert. Jetzt in der Krise wird um Profite gefürchtet und darum müssen jetzt die verschuldeten Länder bluten. Der amerikanische Nobelpreisträger Stiglitz hat Recht, wenn er feststellt: Die Ursache der Weltwirtschaftskrise liegt darin, dass viele Leute zu wenig und wenige Leute viel zu viel Geld haben.

Es wird immer deutlicher, dass es auch hierzulande ein Zuviel an Ungleichheit gibt, dass die jetzige Situation einer Mehrheit Lebensqualität raubt und unserer Gesellschaft Zukunftsperspektiven nimmt. Um dem zu begegnen, braucht es eine dauerhafte Vermögenssteuer sowie einer einmaligen Vermögensabgabe, die am besten europaweit abgestimmt ist. Und es braucht einen konsequenten Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen.

Wenn jetzt ein breites Bündnis von Gewerkschaften, Sozialverbänden und Nicht-Regierungsorganisationen die Verteilungsfrage neu stellt, geht es nicht um Neid, sondern um soziale Gerechtigkeit und um Vernunft. Denn wir haben in Deutschland und in Europa keine Schuldenkrise - wir haben eine Einnahmekrise, die verursacht wurde von denen, denen die Interessen der Starken mehr am Herzen liegen als die der Mehrheit der Bevölkerung. Darum sagen wir am 29. September 2012, wie an jedem anderen Tag: Umfairteilen und Reichtum besteuern!

"Viele Menschen wollen eine andere Politik und ein anderes Europa"

Das Interview führte Patrick Schreiner

WISO-Info: Welche Grundausrichtung hatte die Wirtschaftspolitik in Europa in den vergangenen 10 bis 20 Jahren; an welchen Prinzipien richtete sie sich aus?

Bastiaan van Apeldoorn: Europäische Wirtschaftspolitik kann als neoliberal charakterisiert werden. Sie hatte das Ziel, Märkte zu öffnen und Marktprozesse zu vertiefen. Die europäische Integration war seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre zunehmend vom Neoliberalismus geprägt. Der Integrationsprozess verfolgte dabei zwei Hauptziele: Die Schaffung und Vertiefung des europäischen Binnenmarkts sowie die Schaffung einer Währungsunion. Dies ging damit einher, dass soziale, ökologische oder andere denkbare Ziele nur noch als zweitrangig galten. Regulierungsmechanismen, mit denen man Marktergebnisse hätte korrigieren können, wurden gerade nicht zu einem zentralen und effektiven Bestandteil der europäischen Integration gemacht. Das Ergebnis war ein asymmetrisches Europa: Dem transnationalen Kapital wurde maximale Freiheit gegeben; dem gegenüber traten die Staaten in Konkurrenz zueinander, um dieses mobile Kapital durch eine marktfreundliche Politik für sich zu gewinnen. Dies ging auf Kosten der abhängig Beschäftigten wie auch der einfachen Bürgerinnen und Bürger.

Europa bildet heute einen ökonomisch integrierten Raum mit einem Binnenmarkt und der freien Mobilität von Kapital, von Waren und - in geringerem Umfang - von Dienstleistungen. Makroökonomische Instrumente (wie Fiskalpolitik und Geldpolitik) hingegen wurden durch die Regeln der Währungsunion in ihren Möglichkeiten drastisch beschnitten. Währungen abzuwerten und dadurch Volkswirtschaften zumindest prinzipiell wieder wettbewerbsfähiger zu machen, ist in einer Währungsunion ohnehin nicht mehr möglich. Damit verbleibt als einziger Anpassungsmechanismus der Eingriff in die Löhne bzw. in den Arbeitsmarkt. Das einzige, was Regierungen in ökonomisch schwierigen Situationen noch machen können, um die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Länder zu erhöhen, ist das Mäßigen oder Senken von Löhnen, das Senken von Sozialleistungen sowie die Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen. Genau diese Politik des Abbaus sozialer Sicherheit wurde von der Europäischen Union vorangetrieben. Vorgebliches Ziel war es, "sozialen Zusammenhalt" mit mehr "Wettbewerbsfähigkeit" zu verbinden. Dies war die so genannte Lissabon-Strategie, der nun die so genannte Strategie "Europa 2020" folgt. Anstatt aber sozialen Zusammenhalt zu fördern, hat diese Strategie für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmende Armut und soziale Unsicherheit geschaffen. Und auch aus volkswirtschaftlicher Sicht muss sie als gescheitert bezeichnet werden.



Bastiaan van Apeldoorn ist Sozialwissenschaftler an der Freien Universität Amsterdam. Zu seinen Schwerpunkten gehören Politische Ökonomie, Geopolitik und die Europäische Integration.

WISO-Info: Sie sprechen in Ihren Veröffentlichungen immer wieder von "Finanzialisierung". Was ist damit gemeint? Welche Konsequenzen hat Finanzialisierung für Sozialstaat, Arbeitsmarktregulierung und Demokratie in Europa?

Bastiaan van Apeldoorn: Finanzialisierung kann auf verschiedene Weise definiert werden. Eine Möglichkeit ist, darunter den Umstand zu fassen, dass Finanzkapital bzw. Geldkapital mittlerweile politisch und ökonomisch wichtiger geworden sind als Industriekapital bzw. Produktivkapital. Mit anderen Worten: Kapitalbesitzende versuchen zunehmend, direkt aus Geld noch mehr Geld zu machen, anstatt es zuerst in die Ausweitung der Produktion zu investieren. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten, zum Beispiel die Vergabe von Krediten, aber auch der - oft kurzfristige - Handel mit Aktien, Staatsanleihen sowie den so genannten Derivaten. Diese zunehmend spekulativen Formen des Kapitals haben für Banken, Hedge Fonds und andere Finanzinstitutionen, wie auch für deren Eigner, riesige Profite generiert. Im Kontext weltweiter Liberalisierung der Märkte und folglich der Globalisierung von Finanzmärkten bedeutete dies aber zugleich auch, dass der Finanzsektor - im Vergleich zur Realwirtschaft - zu einer enormen Größe angewachsen ist. Eine Größe, die sich als völlig untragbar herausgestellt hat.

Finanzialisierung geht aber auch über den Finanzsektor als solchen hinaus. So haben auch Unternehmen, die nicht dem Finanzsektor zuzuordnen sind, Teile ihrer Profite in den Finanzmärkten angelegt. Zugleich wurde die Bezahlung der Manager von Aktiengesellschaften an die kurzzeitige Entwicklung des Börsenkurses ihres Unternehmens gebunden. Resultat des Ganzen war und ist, dass der Finanzsektor nicht mehr die Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Realwirtschaft bedient, indem er Konsum und Investitionen finanziert, sondern er längst seine eigene interne spekulative Dynamik entwickelt hat. Dies ging zu Lasten von gesamtwirtschaftlichem Wachstum, von Arbeitsplätzen und Löhnen.

Die Finanzmärkte haben sich in den letzten Jahren zu einem gigantischen Schneeballsystem entwickelt, das 2008 mit der Pleite von Lehman Brothers und dessen Folgen zusammengebrochen ist. Doch trotz dieser größten Krise seit den 1930er Jahren können wir nirgendwo eine echte Re-Regulierung des Finanzsektors beobachten. Ganz im Gegenteil hat man in Europa im Zuge der Staatsschuldenkrise das Vertrauen dieser Finanzmärkte faktisch sogar zum sakrosankten Maßstab erhoben. Dies ist eine bewusste politische Entscheidung. Würden wir hingegen die strikte Regulierung der Finanzmärkte wieder einführen, die seit den 1930er Jahren aufgebaut worden war, hätten wir eine völlig andere Situation.

WISO-Info: Wie passt die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion in die neoliberale Grundausrichtung europäischer Wirtschaftspolitik der letzten Jahre?

Bastiaan van Apeldoorn: Die so genannte Wirtschafts- und Währungsunion ist faktisch eine reine Währungsunion. Sie hat die neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik verstärkt und institutionalisiert. Die Einführung einer einheitlichen Währung wurde, wie es auch beabsichtigt war, zu einem Meilenstein finanzieller Liberalisierung. Finanzkapital wurde freier, als es jemals zuvor war. In der Tat, die Währungsunion wurde zu einem ganz grundlegenden Element dieses neoliberalen Europa.

WISO-Info: Welche Maßnahmen wären notwendig zur Bekämpfung der Krise? Wie müsste Europa gestaltet werden?

Bastiaan van Apeldoorn: Zunächst einmal müsste man die wirklichen, die strukturellen Ursachen der Krise zur Kenntnis nehmen und damit aufhören, die Krisenstaaten Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien zu beschimpfen. In den nördlichen Staaten Europas gibt es einen Mythos, der von der Merkel-Regierung und den Regierungen anderer Gläubigerstaaten gepflegt wird: Ich meine den Mythos, dass in erster Linie mangelnde Haushaltsdisziplin in Verbindung mit Korruption oder sogar "Faulheit" in Südeuropa zur Krise geführt habe. Mit solchen Behauptungen lenkt man natürlich auch von der eigenen Verantwortung ab. Sieht man sich allerdings Daten und Fakten zur Staatsverschuldung an, so stellt man beispielsweise fest, dass Spanien und Irland vor der Krise sehr viel besser dastanden als etwa Deutschland. Das Problem dieser Länder waren über alle Maßen aufgeblähte Finanz- und Immobiliensektoren.

Eine wichtige strukturelle Ursache der aktuellen Krise ist der enorme ökonomische Unterschied zwischen Nord und Süd, der sich durch die Währungsunion sogar drastisch ausgeweitet hat. Deutschland, die Niederlande und andere Staaten haben auf Kosten der abhängig Beschäftigten eine aggressive Exportstrategie verfolgt - sie haben Löhne gedrückt, Sozialleistungen gesenkt und ähnliches. Dies machte es für die schwächeren Ökonomien zunehmend schwierig, wettbewerbsfähig zu bleiben. Auf der einen Seite hatte man hierdurch Länder mit Außenhandelsdefiziten, die diese Defizite zunehmend durch Kredite finanzieren mussten. Auf der anderen Seite hatte man Länder mit Außenhandelsüberschüssen, aus denen diese Kredite an die Außenhandelsdefizitländer vergeben wurden. Mit der Finanzkrise 2008 ist dieses System zusammengebrochen.

Hintergrund des Ganzen war und ist die Finanzialisierung und die Deregulierung der Finanzmärkte. In einem ökonomisch sehr ungleichgewichtigen, finanziell aber integrier-

ten europäischen Markt kann Kapital sich völlig frei bewegen. Genau das war eine Ursache der Krise, und genau das wird uns derzeit einmal mehr zum Problem.

WISO-Info: In welcher Weise ändert sich derzeit das Regieren in Europa?

Bastiaan van Apeldoorn: Wir erleben eine Vertiefung der Legitimationskrise, unter der das europäische Projekt seit vielen Jahren leidet. In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war die ökonomische Integration weitgehend auf den freien Handel von Gütern beschränkt. Ab den späten 1980er und frühen 1990er Jahren aber, mit der Schaffung des europäischen Binnenmarkts und der Währungsunion, ist die europäische Integration über den reinen Güterhandel weit hinausgegangen. Sie griff nun direkt in die sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen der Mitgliedstaaten ein und suchte diese umzugestalten. Diese neoliberale europäische Politik wurde aber zunehmend als Bedrohung einzelstaatlicher Institutionen und Werte aufgefasst - in Teilen auch, weil diese Politik zu einer zunehmenden sozialen und ökonomischen Unsicherheit geführt hat. Entfremdung gegenüber Europa hat zugenommen. Und die derzeitige Krise hat ohne Zweifel die Legitimität der Europäischen Union weiter erodieren lassen. Die Antwort der europäischen Spitzen auf die Krise war ja gerade nicht, Legitimität zurückzugewinnen, indem man auf die Bedürfnisse und Vorstellungen der Bürgerinnen und Bürger eingegangen wäre. Vielmehr fasst man diese Bedürfnisse und Vorstellungen - und damit Demokratie an sich - als Problem auf, das eine effektive Krisenbekämpfung erschwere. Die hysterischen Reaktionen auf die Forderung des damaligen griechischen Ministerpräsidenten Giorgos Papandreou nach einem Referendum zeigen dies überdeutlich. Und auch die Art und Weise, wie den technokratischen Regierungen in Griechenland und Italien gehuldigt wurde, ist ein Beispiel dieser antidemokratischen und kurz-sichtigen Mentalität.

WISO-Info: Werden wir mehr Demokratie und eine Abkehr von den gescheiterten wirtschaftspolitischen Konzepten der Vergangenheit erleben?

Bastiaan van Apeldoorn: Nun, das ist eine wichtige Frage. Und sie ist schwer zu beantworten. Ich möchte gerne optimistisch sein, fürchte aber, dass die Krise sich erst noch dramatisch verschlimmern muss, bis wir an einen solchen Wendepunkt kommen. Offensichtlich ist, dass die derzeitigen ökonomischen und politischen Eliten nicht aus dem Scheitern neoliberaler Politiken und der dahinterstehenden ökonomischen Konzepte gelernt haben. Sie sind weder in der Lage noch willens, mit einer wirklichen Lösung der Krise auch nur zu beginnen.

Sicher wünschen sich viele Menschen eine andere Politik und ein anderes Europa. Allerdings gibt es derzeit kein echtes Gegenprojekt. Gerade die Linke und die Gewerkschaftsbewegung waren ja die wesentlichsten Opfer des Neoliberalismus. Die Arbeitsmärkte wurden fragmentiert, Solidarität auf diese Weise reduziert. Sozialdemokratische Parteien haben sich zu sehr in Marktmythen verstrickt - jetzt suchen sie wieder nach ihren Wurzeln. In der Zwischenzeit zerstört die Krise vieles von dem, was an Idealen der europäischen Integration noch übrig ist. Möglicherweise ist es noch nicht zu spät, allerdings brauchen wir einen radikal anderen Weg als jenen, den die Regierungen mit jedem Eurogipfel immer weiter beschreiten. Es wird Europa nur geben können, wenn es endlich ein demokratisches und ein soziales Europa ist.

Strukturwandel und Gute Arbeit im Land Bremen

Welche Rolle hat die Wirtschaftspolitik?

Von Marion Salot

Seit Ende der 1980er-Jahre hatten sowohl Bremen als auch Bremerhaven mit schwerwiegenden Strukturkrisen zu kämpfen. Während Bremen von dem Konkurs der AG Weser, dem Abbau von Arbeitsplätzen in der Kaffee- und Tabakverarbeitung sowie bei Nordmende betroffen war, litt Bremerhaven nach der Fischerei- und Schiffbaukrise auch unter den Folgen des Abzugs der US-amerikanischen Streitkräfte. Hierdurch kam es nicht nur zu einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenquote, die in Bremerhaven im Jahr 2005 sogar bei 25 Prozent lag, sondern das Land verlor auch den Anschluss an die westdeutsche Wirtschaftsentwicklung (Prognos 2002).

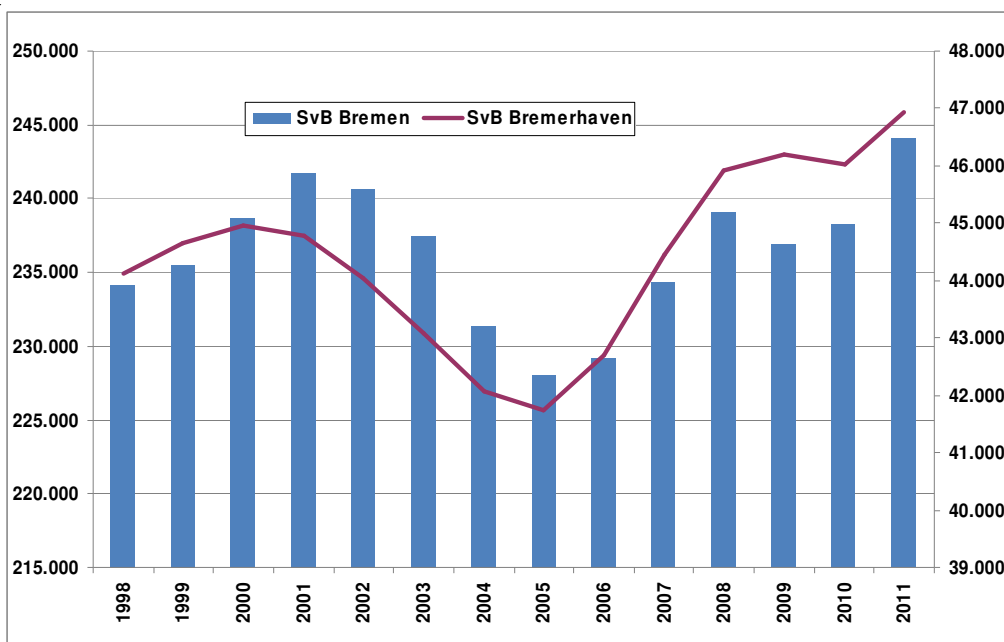


Abbildung 1: Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Bremen und Bremerhaven.
Quelle: Agentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Erst nach 2005 ist es gelungen, eine Trendwende auf dem Arbeitsmarkt einzuleiten. Seitdem sind bis 2011 etwa 21.000 neue Arbeitsplätze entstanden; zwischen 2005 und 2007 alleine mehr als 9.000 Jobs (Abbildung 1). Diese Beschäftigungszuwächse konzentrierten sich allerdings weitgehend auf zwei Branchen: Die Hälfte der neuen Stellen ging auf das Konto der Leiharbeit (4.600), ein Viertel entfiel auf "Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr" und ist damit weitgehend der boomenden Hafenvirtschaft zuzuordnen. Tatsächlich ist im gleichen Zeitraum der Güterumschlag über See im Land Bremen um 20,3 Millionen Tonnen oder 37,5 Prozent gestiegen (Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen 2011). Dies hat sich offensichtlich entsprechend positiv auf die Beschäftigung ausgewirkt.

Nach 2008 verlangsamte sich der Arbeitsplatzzuwachs, denn die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gerade die Jobmotoren der Vorjahre, also die Leiharbeit und die Hafengewirtschaft, empfindlich ausgebremst. Die Jobzuwächse fielen dementsprechend geringer aus, konzentrierten sich dafür aber auf mehrere Branchen: Neue Arbeitsplätze gab es beispielsweise im Bereich "Gesundheit und Soziales" (+1.026) und hier vor allem bei der ambulanten Pflege und der Tagesbetreuung von Kindern. Außerdem entstanden auch im Bereich "Erziehung und Unterricht" neue Stellen (+1.002), die größtenteils auf Arbeitsplatzzuwächse bei Kindergärten und Vorschulen sowie den Hochschulen zurückzuführen waren. Auch das Gastgewerbe und der Einzelhandel konnten expandieren. In beiden Branchen sind in diesem Zeitraum etwa 800 neue Arbeitsplätze entstanden.

Die Erholung auf dem Bremer Arbeitsmarkt war allerdings kein Selbstläufer, sondern ist auch auf entsprechende strukturpolitische Anstrengungen zurückzuführen. So wurden beispielsweise seit 1997 etwa 900 Millionen Euro in den Bau von acht zusätzlichen Liegeplätzen für den Containerumschlag investiert. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist seit Jahren die Tourismusbranche. Allein in die Bremerhavener Havenwelten mit dem Klimahaus, dem Mediterraneo, dem Hotel Sail City und dem Auswandererhaus sind öffentliche Investitionen in Höhe von 315 Millionen Euro geflossen. Und auch in Bremen-Stadt wurden zahlreiche touristische Großprojekte umgesetzt, beispielsweise die interaktive Wissenschafts-Ausstellung Universum, das Musical Theater und die Modernisierung der Schlachte.

Wachstumsbranche Tourismus

Dass der Förderung des Tourismus wirtschaftspolitisch lange Zeit ein derart hoher Stellenwert eingeräumt wurde, kommt nicht von ungefähr: Gerade für strukturschwache Regionen ist diese Branche interessant, weil so externe Kaufkraft an den Standort gezogen werden kann. Mit touristisch attraktiven Standorten verbindet man aber auch ein hohes Maß an Lebensqualität. Außerdem soll sich der gesteigerte Bekanntheitsgrad der Region positiv auf das Investitions- und Ansiedlungsklima auswirken.

Tatsächlich hatten die umfangreichen Investitionen in die touristische Infrastruktur auch positive Auswirkungen auf die Zahl der Tages- und Übernachtungsgäste. Im Land Bremen stiegen die Ankünfte pro Jahr zwischen 1999 und 2011 um gut 380.000 Besucher oder 60 Prozent auf über eine Million, die Übernachtungen nahmen immerhin um 49 Prozent (oder 580.000) auf 1,8 Millionen zu.

Strukturpolitisch wirken sich die Ausgaben der Tages- und Übernachtungsgäste vor allem auf den Einzelhandel und das Gastgewerbe aus. Der Einzelhandel profitiert dabei anteilig am stärksten. Fast die Hälfte der Ausgaben kommt ihm zugute, auf das Gastgewerbe entfallen 38,5 Prozent, auf andere Dienstleistungen 12,3 Prozent (Abbildung 2).

Wie der Anstieg bei den Tages- und Übernachtungsgästen vermuten lässt, ist es in den letzten Jahren in beiden Branchen zu einem kontinuierlichen Umsatzzuwachs gekommen: Im Einzelhandel ist er zwischen 2005 und 2010 um 25 Prozent gestiegen, im Gastgewerbe sogar um 60 Prozent. Diese durchaus positiven Entwicklungen legen den

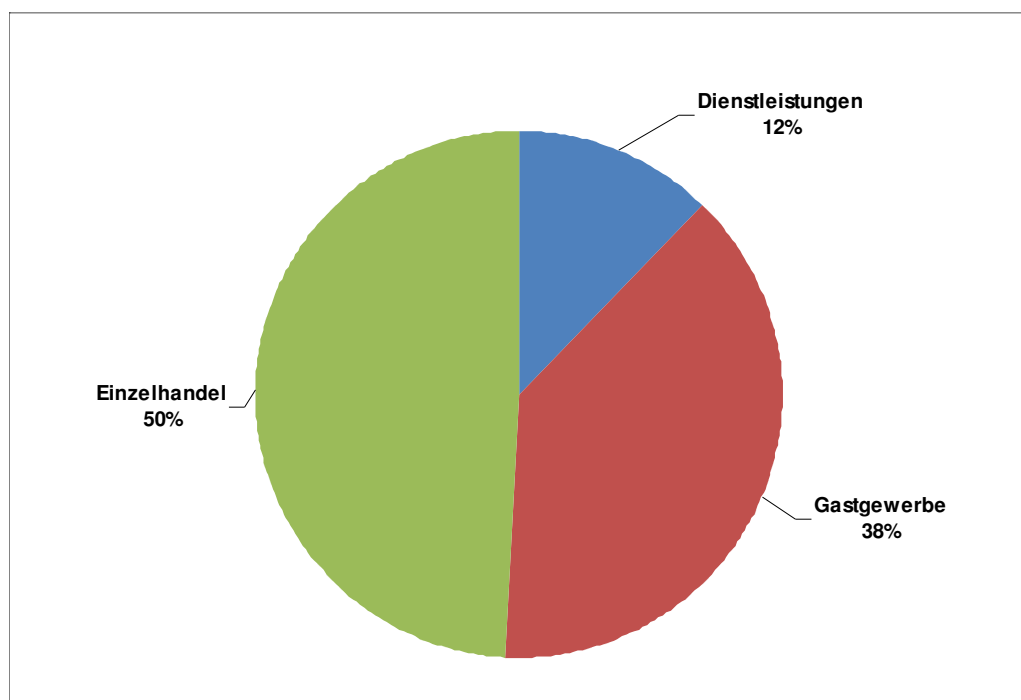


Abbildung 2: Ausgaben der Tages- und Übernachtungsgäste in der Stadt Bremen.

Quelle: Tourismuskonzept Land Bremen 2015, eigene Darstellung.

Schluss nahe, dass Bremen mit seiner Strategie, auf den Tourismus zu setzen, goldrichtig gefahren ist. Aber: Wie hat sich die gesteigerte Attraktivität auf die Arbeitsplatzentwicklung ausgewirkt?

Zwischen 2003 und 2011 sind im Land Bremen zwar gut 1.100 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen worden, gleichzeitig aber etwa 3.200 Minijobs. Nach dieser Entwicklung ist das Gastgewerbe damit die einzige Branche im Land Bremen, in der die Zahl der Minijobs die der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse übersteigt. Im Bundesvergleich gehört Bremen inzwischen zu den drei Bundesländern mit dem höchsten Minijob-Anteil im Gastgewerbe.

Aber nicht nur wegen seines überaus hohen Anteils an prekären Beschäftigungsverhältnissen lassen die Arbeitsbedingungen im Gastgewerbe zu wünschen übrig: Der Bruttostundenlohn eines Vollzeitbeschäftigten beträgt im Durchschnitt nur 12,80 Euro, bei den Teilzeitbeschäftigten liegt er sogar nur bei 9,60 Euro. Im Vergleich zu allen anderen Branchen weist das Gastgewerbe damit das mit Abstand niedrigste Lohnniveau auf (Döll/Muscheid 2012). Dies hat zur Folge, dass jeder zehnte sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf ergänzendes Arbeitslosengeld II angewiesen ist. Dieser Anteil wird im Land Bremen nur noch von den Reinigungskräften übertroffen. Erschwerend kommt hinzu, dass 37 Prozent der Beschäftigten aus dem Gastgewerbe bei Arbeitslosigkeit direkt in das SGB-II-System übergehen - entweder, weil ihr Anspruch auf Arbeitslosengeld I wegen der geringen Löhne zu niedrig ist oder weil ihre Beschäftigungsdauer so kurz war, dass sie noch keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I vorweisen können. Viele pendeln deshalb zwischen einer Beschäftigung im Gastgewerbe und dem Hartz-IV-Bezug ständig hin und her.

Minijob- und Teilzeitboom im Einzelhandel

Die zweite Branche, die vom Tourismus profitiert, ist der Einzelhandel. Auch hier schreitet die Prekarisierung unaufhaltsam voran. Grund ist der herrschende ruinöse Wettbewerb. Weil die Reallöhne in Deutschland seit Jahren sinken, gleichzeitig aber die Verkaufsflächen und Einzelhandelsangebote explosionsartig wachsen, der Internethandel immer mehr an Bedeutung gewinnt und der Markt in vielen Segmenten mittlerweile von wenigen Großkonzernen dominiert wird, die die Preisstrukturen diktieren, wird der Kampf um Marktanteile in dieser Branche besonders hart geführt. Vor allem der hierdurch entstehende Preisdruck führt dazu, dass viele Einzelhändler versuchen, die Personalkosten so gering wie möglich zu halten. Somit wird der Wettbewerb in dieser Branche vorwiegend auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Diese Tendenz lässt sich auch in Bremen beobachten.

Insgesamt sind hier knapp 20.000 Beschäftigte in dieser Branche tätig; 75 Prozent sind davon Frauen. Zwischen 2007 und 2011 sind in Bremen-Stadt zwar über 1.100 neue Arbeitsplätze entstanden. Dieser Beschäftigungszuwachs fällt allerdings nicht nur vor dem Hintergrund des Tourismus-Booms verhältnismäßig klein aus: Zum einen erfolgte 2007 eine erhebliche Erweiterung der Ladenöffnungszeiten, und zum anderen wurde im darauffolgenden Jahr auf dem ehemaligen Space-Park-Gelände die Waterfront eröffnet - ein 44.000 Quadratmeter umfassendes Shoppingcenter ganz im Norden der Stadt. Von beiden Ereignissen hätte ein deutlich größerer Beschäftigungszuwachs ausgehen sollen.

Erschwerend kommt hinzu, dass es sich bei den zusätzlichen Arbeitsplätzen ausschließlich um Teilzeit- und Minijobs handelt, während die Zahl der Vollzeitstellen rückläufig ist (Abbildung 3).

Viele Einzelhändler begründen diese Entwicklung mit dem Argument: "Wir brauchen Hände!" Sie führt vor Augen, mit welcher dünner Personaldecke mittlerweile geplant wird: Weil sie bei Krankheit oder Urlaub den Ausfall einer Vollzeitkraft nicht kompensieren können, werden lieber zwei Teilzeitkräfte oder Minijobber eingestellt. Neue Vollzeitstellen werden in dieser Branche höchstens in Führungspositionen geschaffen. Hiervon profitieren allerdings vorwiegend Männer. Im Bundesländervergleich weist Bremen mittlerweile den niedrigsten Anteil an Vollzeitstellen im Einzelhandel auf.

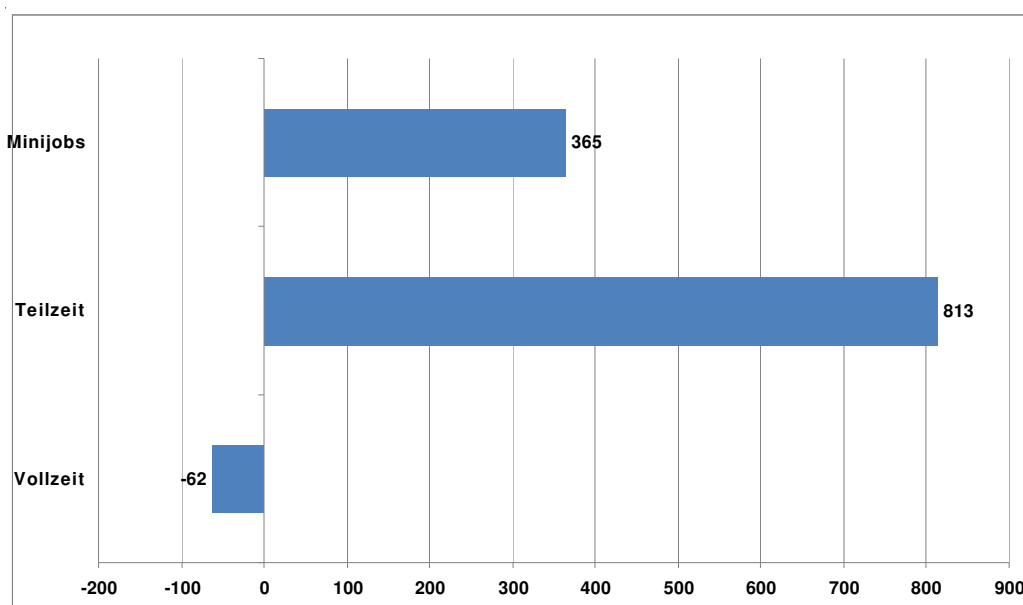


Abbildung 3:
Beschäftigungs-
entwicklung im Einzel-
handel.
Quelle: Agentur für
Arbeit, eigene Darstel-
lung.

Das Verdrängen existenzsichernder Arbeitsplätze ist in dieser Branche deshalb besonders problematisch, weil sie nach dem Bereich "Gesundheit und Soziales" das mit Abstand wichtigste Beschäftigungsfeld für Frauen ist. In Bremen arbeitet jede zehnte Frau im Einzelhandel, in Bremerhaven sogar jede siebte. Allerdings kann nur jede dritte auch von ihrem Arbeitsplatz leben. Der Niedriglohnanteil ist hier doppelt so hoch wie in der Gesamtwirtschaft, das Einkommen eines Vollzeitbeschäftigten liegt bereits jetzt 20 Prozent unter dem Durchschnittslohn. Da der Wettbewerb im Einzelhandel fast täglich zunimmt, unter anderem durch die kürzlich erfolgte Entfristung der Freigabe der Ladenöffnungszeiten und möglicherweise auch im Zuge der anvisierten Verkaufsflächener-

weiterungen der Waterfront und in der Bremer Innenstadt, ist zu befürchten, dass sich der Prekarisierungsprozess weiter beschleunigt und der Druck auf die Löhne noch zunimmt.

Tendenz zum Abbau existenzsichernder Arbeitsplätze

Ein Blick auf die Beschäftigungsentwicklung zwischen 2003 und 2011 zeigt, dass im Land Bremen in den letzten Jahren deutlich mehr prekäre als reguläre Arbeitsplätze entstanden sind. In diesem Zeitraum wurden gut 14.000 Minijobs geschaffen, außerdem mehr als 11.000 Teilzeitstellen (Abbildung 4).

Aber auch wenn häufig unterstellt wird, dass gerade die weiblichen Beschäftigten gezielt nach Teilzeitjobs suchen, um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, lässt eine aktuelle Untersuchung des IAB den Schluss zu, dass viele unfreiwillig in Teilzeit arbeiten: Einer entsprechenden Auswertung der Daten des Sozio-Oekonomischen Panels zufolge würde jede zweite teilzeitbeschäftigte Frau ihre Stelle gerne aufstocken, jede fünfte hätte lieber eine Vollzeitbeschäftigung (Wanger 2011).

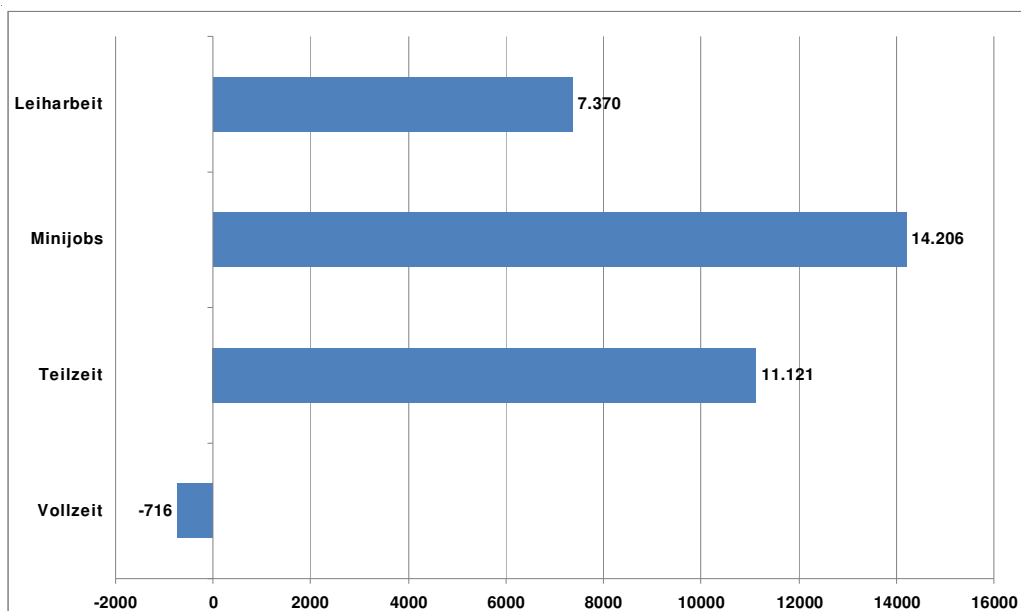


Abbildung 4:
Beschäftigungsentwicklung im Land Bremen.
Quelle: Agentur für Arbeit, eigene Darstellung.

Aber nicht nur die Zahl der Minijobs und Teilzeitstellen hat seit 2003 deutlich zugenommen, auch in der Leiharbeit ist die Beschäftigung massiv angestiegen. Bis zum Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise war sie sogar die Boombranche Nummer eins in Bre-

men. Trotz der krisenbedingten Einbrüche sind hier zwischen 2003 und 2011 etwa 7.400 Arbeitsplätze entstanden. Mittlerweile arbeiten vier Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dieser Branche. Bremen weist damit im Bundesländervergleich den höchsten Anteil an Leiharbeitern auf.

Die Zahl der Vollzeitstellen war seit Inkrafttreten des Hartz-I- und -II-Gesetzes 2003 im Land Bremen rückläufig. Gleichzeitig ist der Anteil prekärer Beschäftigungsverhältnisse deutlich angestiegen. Weil aber der Anteil der Niedriglohnempfänger gerade unter den Leiharbeitern (70 Prozent) und den Minijobbern (80 Prozent) besonders hoch ist, verschärft dies die Armutsgefährdung im Land ganz erheblich. Vor diesem Hintergrund ist es nicht überraschend, dass auch die Zahl der Erwerbstätigen, die auf ergänzenden Arbeitslosengeld-II-Bezug angewiesen sind, gewachsen ist: Zwischen 2007 und 2011 alleine um 3.100 Personen oder knapp 20 Prozent.

Auch wenn die Verantwortung für die Hartz-Reformen auf Bundesebene liegt, machen sich die Folgen vor allem auf regionaler Ebene bemerkbar. Zum einen, weil über die Aufstocker Niedriglöhne quasi subventioniert werden, und zum anderen, weil sich hier auch die sinkende Kaufkraft am schnellsten auswirkt, vor allem natürlich auf den Einzelhandel.

Handlungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene nutzen

In Bremen wird diesbezüglich schon einiges getan. Bereits 2009 ist das bremische Tariftreue- und Vergabegesetz in Kraft getreten, mit dem Auftragnehmer von öffentlich geförderten Aufträgen verpflichtet werden, ihren Beschäftigten mindestens 8,50 Euro zu zahlen. Darüber hinaus wurde im Frühsommer das Mindestlohngesetz verabschiedet, mit dem Bremen bundesweit Vorreiter ist. Ab September 2012 müssen alle öffentlich geförderten Arbeitgeber, also auch solche, die Zuschüsse oder Bürgschaften erhalten, ihren Beschäftigten den Mindestlohn bezahlen. Mit dem neuen Gesetz werden also auch städtische Unternehmen, Vereine, Kultureinrichtungen und so weiter erfasst.

Darüber hinaus stellt sich allerdings die noch viel grundlegendere Frage, ob es angesichts des kontinuierlichen Rückgangs existenzsichernder Arbeitsplätze überhaupt noch vertretbar ist, Branchen zu fördern, in denen der Anteil prekärer Beschäftigung nachweislich überdurchschnittlich hoch ist. In Bremen spitzt sich diese Diskussion gegenwärtig am Beispiel der Offshore-Windenergiebranche zu. Sie hat zwar in

Bremerhaven maßgeblich zu dem deutlichen Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt beigetragen - mittlerweile sind hier alleine in den Kernunternehmen etwa 2.500 Menschen beschäftigt. Allerdings liegt der Anteil der Leiharbeiter in einigen großen Betrieben bei bis zu 70 Prozent. So wie es in Thüringen und Sachsen-Anhalt bereits umgesetzt wurde, wird deshalb auch in Bremen beabsichtigt, die sogenannte Leiharbeiterquote als Kriterium für die Vergabe öffentlicher Fördermittel einzuführen. Wird hier ein bestimmter Prozentsatz überschritten, kann die Förderung geringer ausfallen oder ganz ausbleiben.

Dieser sicherlich richtige Schritt wird langfristig allerdings nicht ausreichen. Wichtig ist es deshalb, dass die Wirtschaftsförderung insgesamt eine Sensibilität für die Qualität von Arbeitsplätzen entwickelt und auch bei anstehenden Infrastrukturprojekten im Vorfeld nicht nur darauf geachtet wird, wieviele, sondern auch welche Beschäftigungsverhältnisse hierdurch geschaffen werden.

Umgekehrt sollten gerade Wirtschaftsbereiche, in denen noch sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze anzutreffen sind, besonders gepflegt und - wo es der politische Einfluss ermöglicht - Lohndumpingprozesse verhindert werden.

Literaturverzeichnis:

Bundesagentur für Arbeit (2012): Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Hannover, März 2012.

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen (2011): Hafenspiegel 2010, Bremen, 2011.

Der Senator für Wirtschaft und Häfen: Tourismuskonzept Land Bremen 2015.

Döll/Muscheid (2012): Sebastian Döll/Jörg Muscheid: Statistischer Jahresbericht 2012, Arbeitnehmerkammer Bremen, 2012.

Prognos (2002): Wirkungsanalyse des Investitionssonderprogramms (ISP) des Landes Bremen, Bremen, August 2002.

Statistisches Landesamt Bremen: Statistische Hefte 2005 bis 2010.

Wanger (2011): Susanne Wanger: Ungenutzte Potenziale in der Teilzeit. Viele Frauen würden gerne länger arbeiten, IAB-Kurzbericht 9/2011.

Entwicklung und Perspektiven der Kommunal- finanzen in Hessen

Von Gerhard Abendschein, Kai Eicker-Wolf und Achim Truger

In Hessen wird seit über zwei Jahren erbittert über die finanzielle Situation und die Finanzausstattung der Kommunen gestritten. Im Zentrum dieser Auseinandersetzung steht dabei die dauerhafte Kürzung der Landeszuweisungen in Höhe von rund 350 Mio. Euro. Angesichts dieses Streits, aber auch in Anbetracht der nach wie vor sehr prekären Haushaltssituation vieler Städte, Gemeinden und Landkreise, hat der Fachbereich Gemeinden im ver.di-Landesbezirk Hessen eine Fortschreibung der Kommunalfinanzstudie aus dem Jahr 2010 (vgl. Eicker-Wolf/Truger 2010) in Auftrag gegeben. Die wesentlichen Ergebnisse der Studie stellen wir im Folgenden vor.

Zur Entwicklung der kommunalen Einnahmen und Ausgaben 1994-2011

Hessen - für das hier genau wie für Deutschland insgesamt Zahlen ab Mitte der 1990er Jahre präsentiert werden - weicht mit Blick auf die allgemeine Einnahmen- und Ausgabenentwicklung bis zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht grundsätzlich vom gesamtdeutschen Trend ab (Abbildung 1). Auffällig - und damit erklärungsbedürftig - ist allerdings die Entwicklung der Ausgaben und der Einnahmen in den Jahren 2010 und 2011, die mit einem auch im Bundesländervergleich sehr großen Defizit einhergehen.

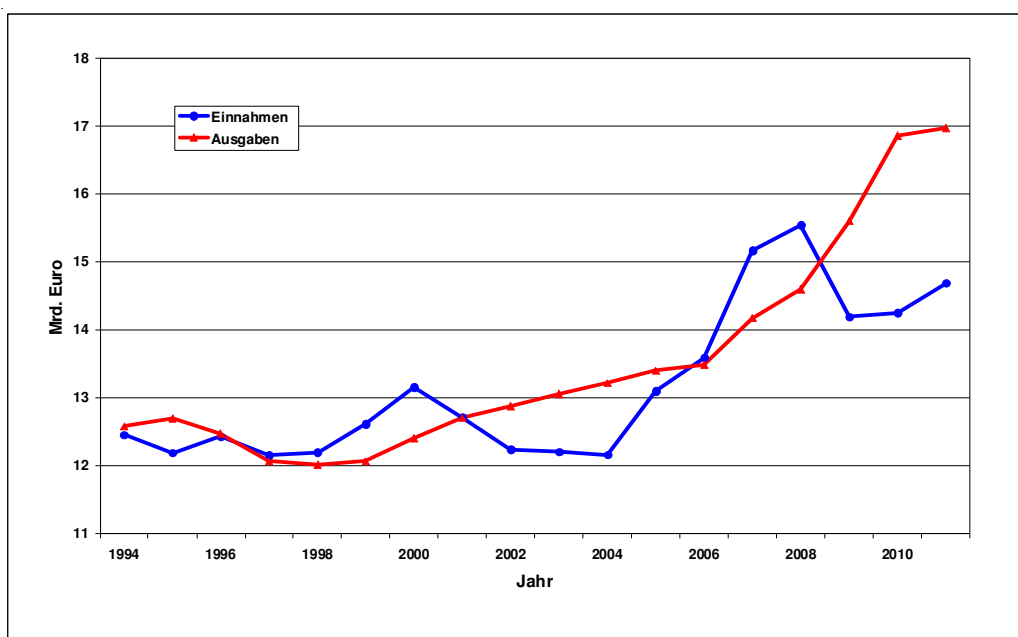


Abbildung 1: Bereinigte Einnahmen und Ausgaben der Kommunen in Hessen 1994-2011. Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen und Darstellung.

Die Wachstumsrate der kommunalen Ausgaben in den Jahren 1995-2011 weist in Hessen einen Durchschnittswert von 1,8 Prozent auf und liegt damit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt (1,2 Prozent). Die Abweichung gegenüber dem deutschen Durchschnittswert ist dabei zu einem guten Teil auf den sehr hohen Anstieg der Ausgaben in Hessen um 8,1 Prozent in einem einzigen Jahr, dem Jahr 2010, zurückzuführen. Im Jahr 2011 ist das Ausgabenwachstum in Hessen auf einen Wert von rund 1 Prozent zurückgegangen. Werden die Jahre 2010 und 2011 ausgeklammert, dann ergeben sich für Deutschland und Hessen mit 1,1 Prozent bzw. 1,4 Prozent Werte, die deutlich näher beieinander liegen. Was steckt hinter diesem ungewöhnlich hohen Anstieg der hessischen Kommunalausgaben, der auch mit einem sehr großen Defizit einherging?

Die erklärungsbedürftige Entwicklung in Hessen hat unter anderem mit dem Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 1,7 Mrd. Euro zu tun, das die hessische Landesregierung als Reaktion auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise und in Ergänzung zu den Mitteln aus dem Konjunkturpaket II des Bundes beschlossen hat. Den hessischen Kommunen standen durch die Investitionsprogramme von Bund und Land insgesamt fast 1,9 Mrd. Euro zur Verfügung - einschließlich eines Eigenanteils von rund 300 Mio. Euro: die Kommunen konnten auf 500 Mio. Euro aus dem Bundes- und fast 1,1 Mrd. Euro aus dem Landesprogramm zurückgreifen. Mit Verzögerung haben die Investitionsfördermittel offensichtlich im Jahr 2010 Wirkung gezeigt. Der Ausgabenanstieg in Höhe von - in absoluten Werten - rund 1,2 Mrd. Euro im Jahr 2010 ist zu etwa 40 Prozent auf einen Anstieg der kommunalen Investitionstätigkeit in Hessen zurückzuführen.

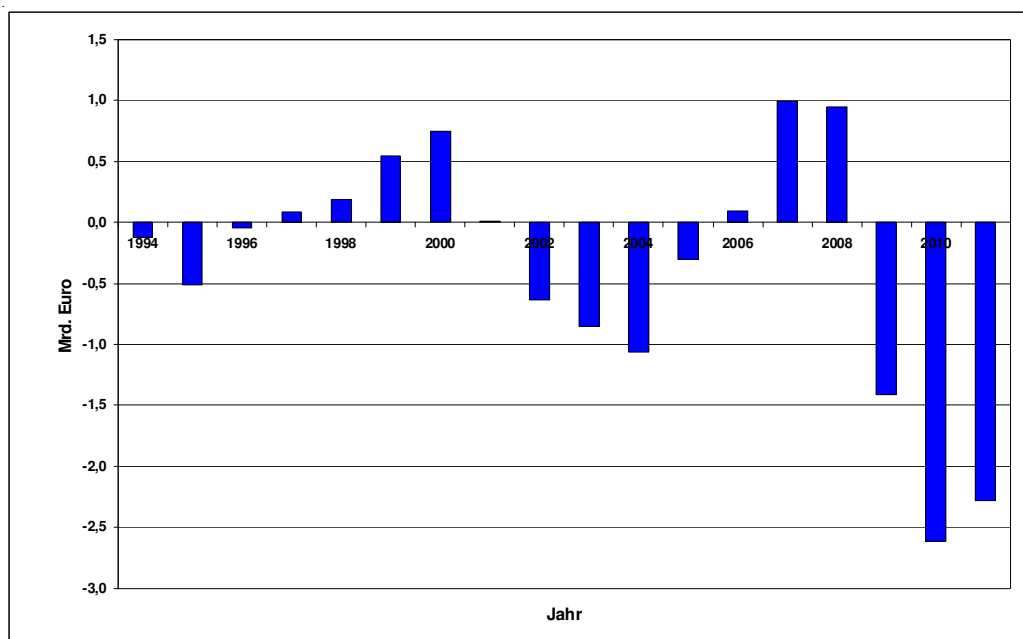


Abbildung 2: Der Finanzierungssaldo der Kommunen in Hessen 1994-2011.
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt, eigene Berechnungen und Darstellung.

Bei der Defizitentwicklung der hessischen Kommunen in den Jahren 2009-2011 ist die Art und Weise der Mittelzuführung der Sonderinvestitionsmittel des Landes an die Kommunen zu beachten. Das Investitionsprogramm ist zusammen mit dem auf Hessen entfallenden Teil der Mittel aus dem Konjunkturprogramm II des Bundes über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) abgewickelt worden. Aus abrechnungs- und buchungstechnischen Gründen wird dieser Mittelzufluss aber bei den bereinigten Einnahmen der Kommunen nicht erfasst - dadurch wird für Hessen in den Jahren 2009-2011 im Grunde aus buchungstechnischen Gründen ein zu hohes Defizit ausgewiesen (Abbildung 2).

Nach Angaben der WIBank sind den Kommunen insgesamt Mittel in Höhe von 1,687 Mrd. Euro zugeflossen, die sich wie folgt auf die vergangenen drei Jahre verteilen: 2009: 413 Mio. Euro, 2010: 966 Mio. Euro und 2011: 488 Mio. Euro. Wenn die Einnahmen in den Jahren 2009, 2010 und 2011 um diese Beträge erhöht werden, dann fällt der Finanzierungssaldo deutlich geringer aus.

Neben der Ausgabenentwicklung bzw. der Verbuchung der Konjunkturfördermittel ist die sehr schwache Einnahmeentwicklung in Hessen eine weitere Ursache für die hohen Finanzierungsdefizite in den vergangenen beiden Jahren. In den Jahren 2008-2011 sind die Einnahmen - und hier ist insbesondere die Steuerentwicklung zu nennen, und bei den Steuern wiederum die Gewerbe- und die Einkommensteuer - in Hessen schwächer gewachsen oder stärker eingebrochen als in Deutschland insgesamt. Im Jahr 2011 fällt dabei die im Vergleich zum Bundesdurchschnitt extrem schwache Entwicklung der Gewerbesteuer und der kommunalen Einkommensteueranteile auf: Während im vergangenen Jahr das Aufkommen aus der Gewerbesteuer in den deutschen Flächenländern um 13,2 Prozent und das der Einkommensteuer um 6,9 Prozent gestiegen ist, fallen die Wachstumsraten für Hessen mit 2,6 Prozent bzw. 0,9 Prozent extrem gering aus. Besonders auffällig ist die rückläufige Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens der kreisfreien Städte im Jahr 2011.

Zur Entwicklung von Schuldenstand und Kassenkrediten

Ein Indiz für die schwierige kommunale Finanzsituation ist der drastische Anstieg der so genannten Kassenkredite, die von der langfristigen Kreditaufnahme zu unterscheiden sind. Langfristige Kredite dürfen bekanntlich nur dann aufgenommen werden bzw. werden von der Kommunalaufsicht nur dann genehmigt, wenn dies durch die Leistungs-

fähigkeit der Kommunen sichergestellt ist - die Kommunen müssen also in der Lage sein, Zinszahlungen und Tilgung auch zu leisten.

Kassenkredite sollten im Gegensatz zur langfristigen Kreditaufnahme ursprünglich der Überbrückung kurzfristiger finanzieller Engpässe dienen; sie haben sich aber mittlerweile zu einem Dauerfinanzierungsinstrument entwickelt. Dieser Sachverhalt lässt sich für Hessen verdeutlichen (Abbildung 3): Bei den Kassenkrediten ist ab 2003 ein Anstieg und von 2006 bis zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise das Verharren auf einem Niveau von über 3 Mrd. Euro zu verzeichnen. In den Jahren 2009 bis 2011 verdoppeln sich die Kassenkredite dann massiv auf 6,4 Mrd. Euro. In Deutschland - und hier ist Westdeutschland bestimmend - ist ein ähnlicher Trend wie in Hessen auszumachen.

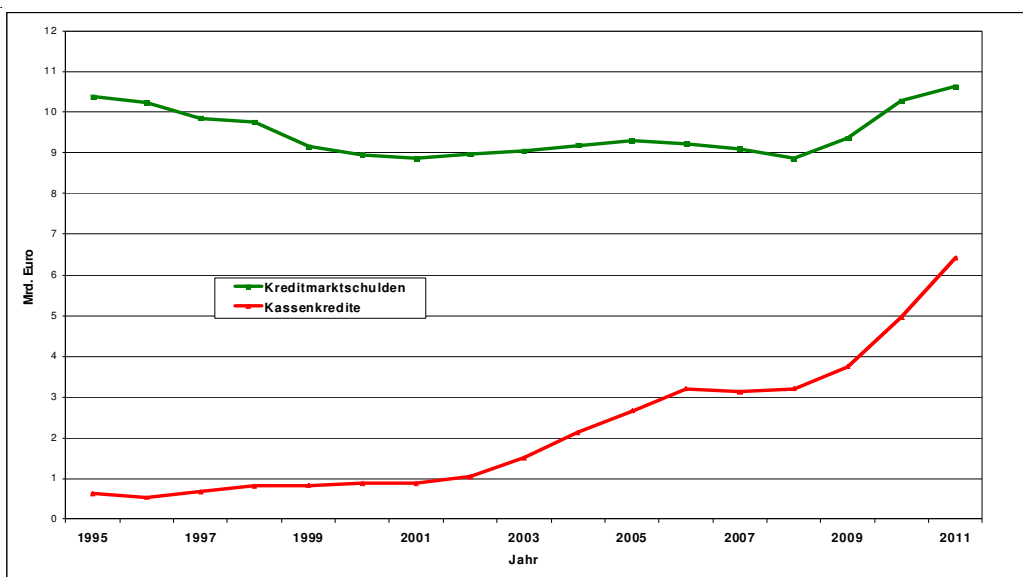


Abbildung 3: Kreditmarktschulden (Kernhaushalte) und Kassenkredite der hessischen Kommunen 1995-2011. Jeweils zum 31.12.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt und Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen und Darstellung.

Seit der Jahrtausendwende liegt Hessen beim Pro-Kopf-Wert der Kassenkredite über dem Durchschnitt der Flächenländer - wobei der Abstand zum Durchschnitt im Trend steigt und insbesondere in den Jahren 2010 und 2011 deutliche Sprünge nach oben macht. Allerdings liegt Hessen auch im Jahr 2011 nicht an der Spitze der Bundesländer, sondern wird von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland übertroffen.

Strukturelle Unterfinanzierung durch Steuersenkungen

Häufig wird die Ausgabenentwicklung der öffentlichen Hand für die zunehmende Verschuldung des Staates verantwortlich gemacht und behauptet, dieser habe lange Zeit

"über seine Verhältnisse gelebt" - entsprechende Überlegungen liegen beispielsweise der so genannten Schuldenbremse zu Grunde, die im Jahr 2009 im Grundgesetz verankert worden ist.

Für die Kommunen ist voranstehend gezeigt worden, dass von einer übermäßig expansiven Ausgabenpolitik nicht gesprochen werden kann. Dieser Befund gilt auch für Deutschland insgesamt (vgl. Truger 2011). Die Antwort auf die Frage, warum die öffentlichen Haushalte in Deutschland auch in wirtschaftlich guten Zeiten kaum ausgeglichen sind, liefert ein Blick auf die Einnahmenentwicklung und hier insbesondere auf die Auswirkungen der Steuerpolitik: Insgesamt hat die öffentliche Hand seit dem Jahr 2000 durch Steuerrechtsänderungen, die insbesondere reiche Haushalte und den Unternehmenssektor begünstigten, in der Summe auf Einnahmen von zusammen weit über 400 Mrd. Euro verzichtet.

Abbildung 4 zeigt die jährlichen, steuerreformbedingten Ausfälle und deren Verteilung auf die drei Gebietskörperschaftsebenen. Insgesamt belaufen sich die steuerreformbedingten Ausfälle aktuell auf allen Gebietskörperschaftsebenen auf rund 50 Mrd. Euro jährlich. Zwar weisen die Kommunen im Vergleich zu Bund und Ländern die geringsten Einnahmeausfälle auf - dabei muss aber bedacht werden, dass die Kommunen über den Kommunalen Finanzausgleich an den Landessteuern beteiligt sind.

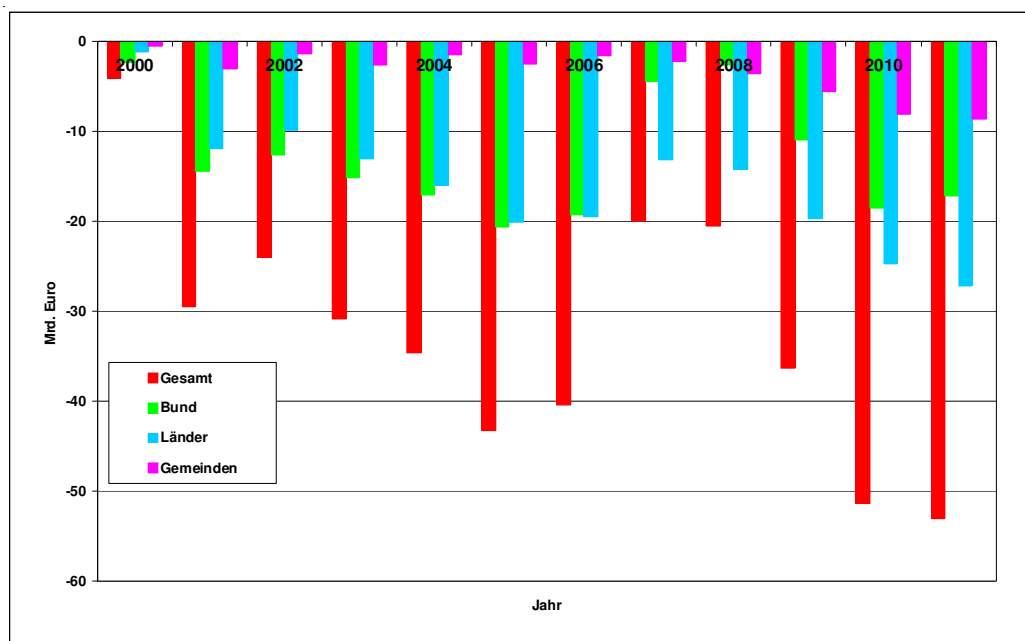


Abbildung 4: Steuerreformbedingten Ausfälle aufgrund von Gesetzesänderungen seit 1998 von 2000-2011. Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen und Darstellung.

Für Hessen ergeben sich für Land und Kommunen die in Abbildung 5 ausgewiesenen Steuerausfälle. Werden Länderfinanzausgleich (LFA) und Kommunaler Finanzausgleich (KFA) berücksichtigt, dann haben die hessischen Kommunen aufgrund der Steuerpolitik seit 1998 allein im laufenden Jahr Mindereinnahmen in Höhe von über 1,1 Mrd. Euro zu verkraften. Beim Land fallen die Ausfälle in allen Jahren noch höher aus als bei den Kommunen.

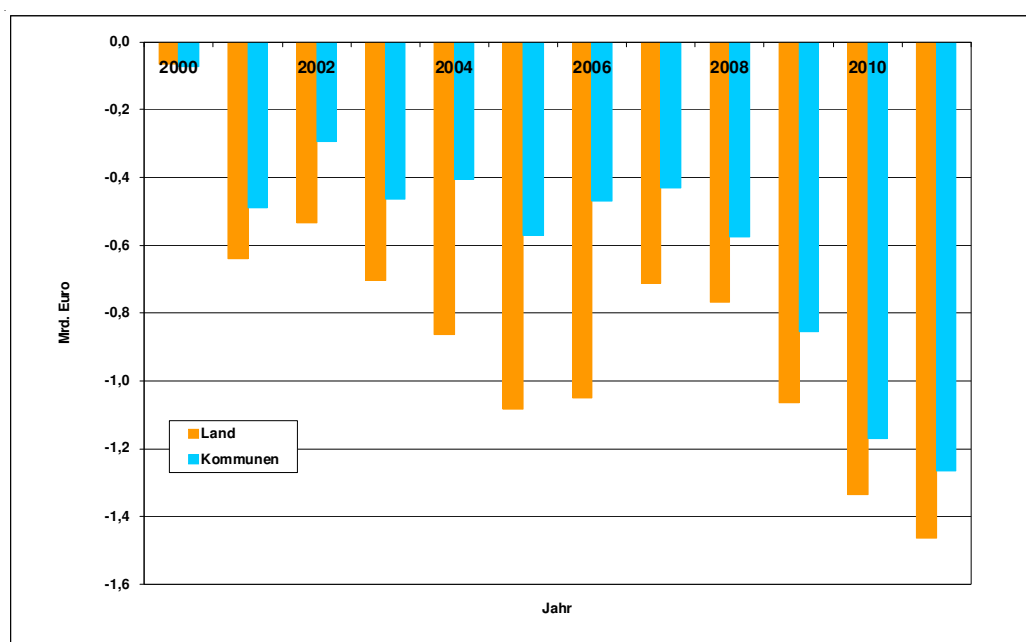


Abbildung 5: Steuerreformbedingte Ausfälle beim Land Hessen und den hessischen Kommunen durch Steuergesetzänderungen seit 1998 in den Jahren 2000-2011. Ohne Berücksichtigung von LFA und ohne KFA. Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen und Darstellung.

Ausblick

Die präsentierten Zahlen zeigen, dass sich die Kommunen in Hessen und in Deutschland insgesamt in einer schwierigen Finanzlage befinden - und dies trotz erheblicher Sparanstrengungen seit Mitte der 1990er Jahre.

Das Problem ist letztlich als strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen zu benennen und nur durch eine dauerhafte Stärkung der kommunalen Einnahmenbasis zu beheben - und dies gerade auch angesichts der erheblichen geschilderten steuerreformbedingten Ausfälle, die die Kommunen, aber auch die beiden anderen Gebietskörperschaftsebenen zu verzeichnen hatten und haben. Eine sinnvolle Maßnahme wäre die Weiterentwicklung der Gewerbe- zur Gemeindefinanzsteuer, wie dies im Rahmen der gescheiterten Gemeindefinanzreform im Jahr 2003 vorgesehen war (vgl. Vesper 2004) und von

den Kommunalen Spitzenverbänden nach wie vor gefordert wird: Durch die Einbeziehung der gesamten Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, einschließlich der Freiberuflichen, wird der Kreis der Steuerpflichtigen ausgeweitet, und durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage wird die Ergiebigkeit erhöht und die Schwankungsanfälligkeit reduziert. Die vorgeschlagene Verbreiterung sollte dabei den Steuerbilanzgewinn unter Hinzurechnung aller Zinsen aus Dauerschulden sowie des Finanzierungsanteils aller Mieten, Pachten und Leasingraten umfassen.

Die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf Freiberufliche und Selbständige liegt nahe, da dieser Personenkreis die kommunale Infrastruktur genauso in Anspruch nimmt wie der aktuelle Kreis der Gewerbesteuerzahlenden (vgl. Broer 2011). Als Argument für die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage lässt sich anführen, dass dadurch etwa der Privilegierung des Fremdkapitaleinsatzes entgegengewirkt wird. Generell gilt, dass die geringere Anfälligkeit der Gemeindefinanzierung für Konjunkturschwankungen das Investitionsverhalten der Gemeinden deutlich verstetigen und damit einen Beitrag zur makroökonomischen Stabilität leisten würde. Das zu erwartende Mehraufkommen würde sich auf etwa 12 Mrd. Euro belaufen, allerdings müssen gut 8 Mrd. Euro pauschaliert bei der Einkommensteuer angerechnet werden.

Darüber hinaus würde eine Wiedererhebung der Vermögensteuer den Kommunen in Hessen zu Gute kommen, da die Vermögensteuer zu den fakultativen Steuern im hessischen Kommunalen Finanzausgleich zählt. Nicht zuletzt angesichts der enormen und zudem auch noch stark gestiegenen Ungleichverteilung des Vermögens wäre diese Maßnahme sinnvoll: Im Jahr 2007 belief sich das Nettovermögen der Personen über 16 Jahren auf 6,6 Billionen Euro, wobei die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung hiervon 61 Prozent besessen haben (Frick/Grabka 2009 und Frick et al. 2010). Wenn eine moderate Abschreibung der Entwicklung des Vermögensbestands vorgenommen wird, dann gelangt man zu einem aktuellen Wert von über 7 Billionen Euro. Eine Vermögensteuer mit einem Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro und einem Steuersatz von lediglich 1 Prozent würde der öffentlichen Hand insgesamt Einnahmen in Höhe von rund 20 Mrd. Euro bringen, wovon - nach den Zahlungen im Rahmen des Länderfinanzausgleichs - rund 1,5 Mrd. Euro in die Kassen der hessischen Landesregierung gespült würden. An diesen Einnahmen wären die hessischen Kommunen nach derzeitigem Rechtsstand automatisch durch die entsprechenden Regelungen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs in Höhe von etwa 350 Mio. Euro beteiligt.

Literatur

Broer, Michael (2011): Steuersystematische Überlegungen und empirische Wirkungsanalysen zur aktuellen Gewerbesteuerreformdiskussion, in: Hansmann, Marc (Hrsg.), Kommunal финанzen in der Krise, Berlin, S. 154-172.

Bundesministerium der Finanzen (2012): Eckdaten zur Entwicklung und Struktur der Kommunal финанzen 2002 bis 2011, Berlin.

Eicker-Wolf, Kai/Truger, Achim (2010): Entwicklung und Perspektiven der Kommunal финанzen in Hessen. Studie im Auftrag von ver.di Hessen, Frankfurt.

Frick, Joachim R./Grabka, Markus M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW Wochenbericht 4/2009.

Frick, Joachim R./Grabka, Markus M./Hauser, Richard (2010): Die Verteilung der Vermögen in Deutschland, Berlin.

Truger, Achim (2011): Steuersenkungen, Schuldenbremse und Konjunkturrisiken, in: Eicker-Wolf, Kai/Thöne, Ulrich (Hrsg.), An den Grundpfeilern unserer Zukunft sägen, 2. Auflage, Marburg S. 15-43.

Truger, Achim/Eicker-Wolf, Kai/Blumtritt, Marcus (2007): Auswirkungen der (Wieder-)Einführung einer Vermögensteuer auf die hessischen Landesfinanzen, IMK Studies 07, Düsseldorf.

Vesper, Dieter (2004): Was von der Gemeindefinanzreform übrig blieb, in: INTERVENTION, Nr. 2, H. 1, S. 41-51.

Zimmermann, Horst (2009): Kommunal финанzen, 2. Auflage, Berlin.

Regionales

WISO-Info 3/2012

25

Der Arbeitsmarkt in Niedersachsen

Eine Bestandsaufnahme

Von Hartmut Tölle und Lars Niggemeyer

Die zentralen gesellschaftlichen Probleme in Niedersachsen sind Massenarbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigung. Aktuell sind 330.000 Niedersachsen ohne Job, inklusive der rund 70.000 Arbeitslosen, die sich arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden. Beschäftigte sind durch den Vermittlungsdruck von Bundesagentur und Jobcentern sowie durch die Konkurrenz durch andere Arbeitssuchende oftmals gezwungen, Beschäftigung zu schlechten Bedingungen anzunehmen. Seit 2000 hat die prekäre Beschäftigung in Niedersachsen massiv zugenommen: Die Zahl der Beschäftigten in Leiharbeit hat sich verdreifacht, Befristungen und Mini-Jobs haben stark zugenommen, Vollzeitstellen wurden in großer Zahl abgebaut. Hier muss die Politik gegensteuern. Wir brauchen eine neue Ordnung des Arbeitsmarktes und aktives Handeln für mehr Beschäftigung - hier kann auch auf Landesebene viel getan werden!

Grundproblem Arbeitslosigkeit

Nach wie vor dramatisch ist das Gesamtbild der Lage am Arbeitsmarkt in Niedersachsen: Das Verhältnis zwischen gemeldeten offenen Stellen und erfassten Arbeitslosen liegt aktuell bei 1:7 (inklusive Arbeitslose in Maßnahmen), das heißt auf eine offene Stelle kommen im Schnitt acht Arbeitslose. Es herrscht also massiver Arbeitsmangel und nicht Arbeitskraftmangel vor. Dabei hat sich die Situation seit 2000 nicht gebessert. Denn innerhalb von 10 Jahren sind in Niedersachsen 114.936 Vollzeitstellen abgebaut worden. Die Zunahme der Beschäftigung von 2000 bis 2010 resultiert allein aus der Schaffung von sozialversicherungspflichtiger Teilzeitarbeit (+133.427) sowie weiteren 90.000 ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Das Arbeitsvolumen in Stunden ist pro Erwerbsperson sogar zurückgegangen. Immer mehr Beschäftigte teilen sich somit ein gleichbleibendes Arbeitsvolumen.

Damit einher geht in Niedersachsen das Anwachsen der Unterbeschäftigung. Hierbei handelt es sich um versteckte Teilarbeitslosigkeit, also um Menschen, die Arbeit haben, aber länger arbeiten möchten und in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit nicht auftauchen. Der niedersächsische Landesbetrieb für Statistik hat zumindest für das Jahr 2009 die entsprechenden Daten erfasst: Demnach wünschen sich 200.000 Teilzeitbeschäftigte in Niedersachsen eine deutliche Ausweitung ihrer Arbeitszeit. Hierbei wurden nur diejenigen erfasst, die innerhalb kurzer Zeit auch mehr arbeiten könnten.

Insbesondere Frauen, die Kinder betreuen und mangels fehlender Betreuungsmöglichkeiten auf Mehrarbeit verzichten, werden hier meist nicht mitgezählt, da sie nicht kurzfristig ihre Kinder unterbringen können. Somit gibt auch die Zahl von 200.000 nur eine Teilmenge der Betroffenen wieder. Wird sie zu den 330.000 Arbeitslosen addiert, erhält man ein realistischeres Bild des Arbeitsmarktes: Insgesamt sind rund 530.000 Niedersachsen arbeitslos oder unterbeschäftigt. Dieser Wert liegt doppelt so hoch wie die offizielle Arbeitslosenzahl und zeigt das dramatische Ausmaß des Problems.

Leiharbeit nimmt rasant zu

Neue Stellen wurden in Niedersachsen im Jahr 2011 vor allem in der Leiharbeit geschaffen: Innerhalb eines Jahres hat die Beschäftigung in der Leiharbeit um 22,4 Prozent zugenommen - gleichzeitig hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse insgesamt nur um 3 Prozent erhöht. Mehr als jede dritte gemeldete offene Stelle in Niedersachsen ist ein Leiharbeitsjob. Dabei sind Leiharbeitsverhältnisse meist nur von kurzer Dauer. Mehr als die Hälfte der Leiharbeitsverhältnisse werden nach weniger als drei Monaten wieder beendet.

Leiharbeit ist somit für immer mehr Menschen tagtägliche Arbeitsrealität. Sie verdrängt reguläre und abgesicherte Beschäftigung. Die Leiharbeiternehmerinnen und Leiharbeiternehmer sind die Leidtragenden: Sie leben in ständiger Unsicherheit, weil "Hire and fire" gang und gäbe ist. Und für diese Unsicherheit und ständige Flexibilität verdienen sie deutlich weniger als fest angestellte Kolleginnen und Kollegen, die die gleiche Arbeit machen. Eine Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit im Auftrag des DGB zeigt, dass die Verdienstunterschiede auch in Niedersachsen dramatisch sind: Das mittlere Bruttoarbeitsentgelt von Leiharbeitern liegt 43 Prozent unter dem aller Vollzeitbeschäftigten.

Immer mehr befristete Beschäftigung

Inzwischen hat jeder zehnte Beschäftigte in Niedersachsen nur einen befristeten Arbeitsvertrag, deutlich mehr als im Jahr 2000 (+28 Prozent). Am häufigsten betroffen sind allerdings junge ArbeitnehmerInnen unter 25: Hier ist jeder dritte nur befristet beschäftigt. Besonders schwierig gestaltet sich der Übergang von der Berufsausbildung in ein dauerhaftes Arbeitsverhältnis. Eine flächendeckende Befragung der IG Metall zur Ausbil-

dungs- und Übernahmesituation in den 96 niedersächsischen Ausbildungsbetrieben der Metall- und Elektroindustrie ergab: Von rund 800 Jugendlichen, die in Niedersachsen 2011 ihre Ausbildung in der Metall- und Elektroindustrie abschließen, erhalten 75 Prozent lediglich einen befristeten Arbeitsvertrag oder werden gar nicht übernommen. Die junge Generation ist damit vom Trend zu prekärer Arbeit besonders stark betroffen. Zumindest für den Bereich der Metall- und Elektroindustrie wurden die unbefristeten Übernahmen von Auszubildenden durch den jüngsten Tarifabschluss der IG Metall deutlich ausgeweitet - gegen erheblichen Widerstand der Arbeitgeber.

Ausufernder Niedriglohnsektor

Im Jahr 2010 arbeiteten geschätzt 23 Prozent aller 3,3 Mio. abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Damit haben etwa 762.000 Beschäftigte zu Bruttostundenlöhnen gearbeitet, die unterhalb der Niedriglohnschwelle von 9,54 € (West) lagen. Circa 570.000 Beschäftigte haben weniger als 8,50 € verdient. Im Vergleich zu 1995 ist der Niedriglohnsektor rasant angewachsen: Damals waren "nur" 14,7 Prozent aller abhängig Beschäftigten betroffen, also rund 230.000 Arbeitnehmer weniger. Dabei verfügen 80 Prozent der Niedriglohnbeziehenden über eine abgeschlossene Ausbildung oder ein Studium. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Betroffenen mit Ausbildung/Studium seit 1995 zugenommen hat.

Eine Untersuchung des Landesamts für Statistik und Kommunikationstechnologie hat ergeben, dass vom Niedriglohnsektor in Niedersachsen vor allem geringfügig Beschäftigte und befristet Beschäftigte betroffen sind. Niedriglöhne sind insbesondere in folgenden Branchen verbreitet: Leiharbeit, Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftsbau, Gastgewerbe und Einzelhandel.

Diese Zahlen zeigen: Es ist insgesamt zu wenig Arbeit vorhanden, es reicht nicht aus, auf Bildung und Qualifizierung zu setzen. Nötig ist eine aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik, ansonsten findet lediglich ein Verdrängungsprozess zu Lasten der schlechter Qualifizierten statt.

Arm trotz Arbeit

Im Land Niedersachsen müssen jährlich rund 365 Mio. Euro an Steuermitteln aufgewendet werden, um GeringverdienerInnen mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

das Existenzminimum zu sichern. Dies betraf im Jahr 2010 rund 50.000 Haushalte, 3.500 mehr als im Vorjahr - trotz konjunktureller Erholung hat die Zahl der arbeitenden Armen damit zugenommen. Unter Einbeziehung derjenigen Hartz-IV-EmpfängerInnen, die einen Minijob haben oder einer selbständigen Tätigkeit nachgehen, müssen die Kommunen in Niedersachsen und der Bund gemeinsam 1,1 Mrd. Euro zu deren Existenzsicherung beisteuern. Armut trotz Erwerbstätigkeit ist somit ein ernstes Problem, das die SteuerzahlerInnen teuer zu stehen kommt. Gleichzeitig wälzen Unternehmen ihre Verpflichtung, armutsfeste Löhne zu zahlen, auf die Allgemeinheit ab.

Zehntausende junge Niedersachsen ohne Ausbildungsplatz

Seit Jahren bieten die Unternehmen viel zu wenige Ausbildungsplätze im Verhältnis zur Gesamtzahl der Bewerberinnen und Bewerber an. Die Summe aller ausbildungsinteressierten und durch die BA bzw. durch die Betriebe als ausbildungsreif eingestuften Jugendlichen, die institutionell erfasst wurden, lag in 2011 in Niedersachsen bei 95.999. Der Anteil unter ihnen, der in eine duale Berufsausbildung einmündete, betrug nur 63,4 Prozent. Rund vier von zehn jungen Menschen, die 2011 in Niedersachsen an einer Ausbildung interessiert waren, haben also keine Ausbildung aufgenommen.

Einem großen Teil der jungen Menschen wird somit der gelungene Start in das Berufsleben verwehrt. Stattdessen geraten jährlich rund 50.000 junge Menschen in die Maßnahmen des sogenannten "Übergangssystems". Damit sind duales System und Übergangssystem in Niedersachsen fast gleich groß. Denn die Zahl der AusbildungsanfängerInnen im dualen System lag 2010 bei rund 56.000. Beim Übergangssystem handelt es sich um außerschulische Maßnahmen und schulische Bildungsgänge, die zu keinem qualifizierten Berufsabschluss führen: Berufseinstiegsschulen, Berufsfachschulen ohne Abschluss, Maßnahmen der Bundesagentur, Förderprogramme des Landes. Für die Teilnehmenden sind es oft Warteschleifen mit fragwürdigen Perspektiven.

Unvereinbarkeit von Beruf und Familie

Obwohl eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf seit vielen Jahren auch von Arbeitgebern und Politik gefordert wird, sieht die Wirklichkeit anders aus. So ergab eine Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit, dass 42 Prozent der Beschäftigten erhebliche Probleme haben, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen beruflichem und

privatem Leben zu erreichen. Die sogenannte Work-Life-Balance hängt entscheidend von der tatsächlichen Länge der Arbeitszeit und vom beruflichen Stress ab. So ergab die Befragung der rund 6.000 ArbeitnehmerInnen, dass Vollzeitbeschäftigte durchschnittlich ihre Arbeitszeit um 6 Stunden reduzieren möchten. Häufig bestimmen jedoch Überstunden und eine Kultur der Dauerpräsenz den Alltag der Beschäftigten. Oftmals erwarten Arbeitgeber Verfügbarkeit rund um die Uhr. Teilzeitbeschäftigte Mütter möchten hingegen meist ihre Arbeitszeit ausweiten; sie scheitern aber ebenfalls an der beschriebenen Arbeitszeitkultur sowie mangelhafter partnerschaftlicher Arbeitsteilung und den fehlenden Betreuungsmöglichkeiten.

Stellenabbau im öffentlichen Dienst

Im internationalen Vergleich ist die wirtschaftliche Betätigung von Bund, Ländern und Kommunen gering. Dies zeigt sich anhand des geringen Beschäftigungsgewichtes des öffentlichen Sektors. Während 2007 im skandinavischen Durchschnitt gut 30 Prozent der Erwerbstätigen bei einem öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt waren, erreichte Deutschland mit einem Anteil von 14,3 Prozent einen historischen Tiefstand. Dass die in Deutschland betriebene Schrumpfung des öffentlichen Dienstes vor allem die direkt nutzbaren Angebote der Kommunen trifft, zeigt der entsprechende kommunale Vergleich: Auf einen Arbeitsplatz im deutschen Kommunalsektor kommen - in Relation zur Einwohnerzahl - 6 Arbeitsplätze in dänischen Kommunalverwaltungen (2006). Diese Beschäftigten sorgen in Dänemark für die Bereitstellung eines hochwertigen Angebots von sozialen Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Kultur, Kinderbetreuung, Gesundheit und Pflege. Ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist ein Schlüssel für gesellschaftlichen Fortschritt. Leider ist in Niedersachsen eine gegenläufige Entwicklung zu beobachten: Die Zahl der beim Land Niedersachsen beschäftigten ArbeitnehmerInnen und BeamtInnen ist von 203.554 im Jahr 2000 auf 189.195 im Jahr 2010 gesunken. Noch dramatischer stellt sich die Lage bei den Kommunen dar: Hier wurde im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeitsplätze um 32.000 auf 117.501 vermindert.

Irrweg Deregulierung des Arbeitsmarktes

Die Daten zeigen: Auch in Niedersachsen sind neue Beschäftigungsmuster entstanden, die mit geringer Jobsicherheit, schlechter Bezahlung und fehlenden Möglichkeiten zur

Lebensplanung einhergehen. Seit rund 20 Jahren hat die Politik diesen Trend zu "atypischen" Arbeitsverhältnissen durch Lockerungen in der Arbeitsgesetzgebung gefördert. Was zunächst als Ausweg aus der verfestigten Arbeitslosigkeit betrachtet wurde, erwies sich als Irrweg. Insgesamt ist noch weniger Arbeit pro Erwerbwilligen vorhanden als vor der Deregulierung des Arbeitsmarktes. Dafür ist mit der prekären Beschäftigung ein neues Problem hinzugekommen. Von dieser Entwicklung profitierten allein die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die in Deutschland von 2000 bis 2010 real um 30 Prozent zulegen konnten. Die Arbeitnehmerentgelte waren im gleichen Zeitraum sogar rückläufig (-0,7 Prozent). Die Deregulierung von Arbeitsmarkt und sozialer Sicherung führte nach 2005 zu einer tiefen Verunsicherung der ArbeitnehmerInnen, so dass erstmalig die Reallöhne sogar in einer Aufschwungsphase zurückgingen.

Positiv ist, dass in der "Großen Rezession" 2008/09 die Fehler des Abschwungs ab 2001 zunächst vermieden wurden: Die Wirtschaftspolitik reagierte antizyklisch mit Konjunkturprogrammen, und es wurde keine Debatte über den angeblich "verkrusteten deutschen Arbeitsmarkt" geführt. Stattdessen wurde auf Formen kooperativer Beschäftigungssicherung zurückgegriffen: Die erhebliche Ausweitung der Kurzarbeiterregelung und die von den Tarifparteien schon zuvor vereinbarten Arbeitszeitkonten ermöglichten eine deutliche Verkürzung der Arbeitszeiten der Beschäftigten ohne massive Lohnverluste. Der starke Rückgang des vorhandenen Arbeitsvolumens in 2009 wurde somit zwischen den Beschäftigten verteilt. Diese Maßnahmen haben mit der Arbeitsmarktderegulierung der 2000er Jahre nichts zu tun. Denn die damaligen Reformen zielten darauf ab, kurzfristige Entlassungen - beispielsweise durch die Leiharbeit - zu erleichtern. Wäre in der Krise dieser Weg von Unternehmen und Politik weiter verfolgt worden, wären in Deutschland Hunderttausende zusätzlich arbeitslos geworden.

Was zu tun ist - in Niedersachsen und Deutschland

Dem Mangel an Arbeit und Guter Arbeit ist am besten durch eine offensive Beschäftigungspolitik zu begegnen. Hierfür ist ein grundlegender Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik nötig:

Auf Landesebene brauchen wir einen neuen Ordnungsrahmen durch ein umfassendes Tarifreuegesetz, eine an sozialen Kriterien ausgerichtete Wirtschaftsförderung sowie ein Landesmindestlohngesetz.

Qualifizierungspolitik muss in Richtung Berufsabschlüsse umgestellt werden: In Niedersachsen waren 18,7 Prozent aller jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren im Jahr 2010 ohne abgeschlossene Ausbildung und damit besonders stark von Arbeitslosigkeit bedroht. Somit ist im Land ein enormes Potential zur Gewinnung von Fachkräften vorhanden. Dies betrifft auch den Übergang Schule-Beruf. Jugendliche, die trotz mehrfacher Bewerbungsversuche keinen betrieblichen Ausbildungsplatz gefunden haben, brauchen keine sinnlosen Warteschleifen, sondern eine Ausbildungsgarantie, das heißt im Bedarfsfall eine öffentlich geförderte Ausbildung mit betriebspraktischen Anteilen.

Weiterhin fehlt in Niedersachsen für Langzeitarbeitslose ein Beschäftigungsinstrument zur mehrjährigen Förderung von Tätigkeiten, die der Allgemeinheit zu Gute kommen. Diese Zielgruppe sollte eine freiwillige, tariflich bezahlte und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in einem sozialen Arbeitsmarkt erhalten. Ein entsprechendes Förderinstrument ist nur mit geringen Mehrkosten im Vergleich zu passiven Sozialleistungen verbunden, bringt aber zusätzliche Wertschöpfung insbesondere im Bereich der sozialen Infrastruktur.

Darüber hinaus muss der Bundesgesetzgeber einen neuen Ordnungsrahmen für sichere und gute Arbeit schaffen. Der gesetzliche Mindestlohn ist hierfür ebenso unabdingbar wie höhere Hartz-IV-Regelsätze, um die Beschäftigten weniger erpressbar zu machen. Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs und Befristungen müssen reguliert werden. Die Fehlentscheidung "Rente mit 67" ist zu korrigieren. Die Rolle von Bund, Ländern und Kommunen als Bereitsteller von hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen - und somit auch als Arbeitgeber - muss deutlich gestärkt werden. Die hierfür nötigen Mittel sind durch eine höhere Besteuerung von Gewinnen, hohem Einkommen und Vermögen aufzubringen. Schlussendlich gehört die Frage der fairen Teilung von Arbeit - zwischen den Geschlechtern, zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen Vollzeit-erwerbstätigen und unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten - auf die Tagesordnung.

Spanien: Die Austeritätsfalle vertieft die soziale und wirtschaftliche Krise

Von Ricard Bellera i Kirchhoff und Patrick Schreiner

Spanien ist eines der Länder, die im Mittelpunkt der aktuellen Finanzkrise stehen. Ähnlich wie in Großbritannien, Portugal oder Griechenland versucht die Regierung auch dort, durch das Kürzen öffentlicher Ausgaben die Haushaltsdefizite abzubauen - und erreicht, gleichfalls wie in anderen Staaten, genau das Gegenteil. Verschärft wird die Situation durch eine veritable Bankenkrise. Spanien ist mittlerweile tief in einen Teufelskreis aus Ausgabenkürzungen, steigender Staatsverschuldung und wirtschaftlicher Rezession gerutscht. Der folgende Artikel schildert die Situation in Spanien in drei Schritten: Er beschreibt erstens die Entwicklungen vor der Krise, geht zweitens auf die Krise selbst ein und beschreibt drittens Reaktionen und Forderungen der spanischen Gewerkschaften.

Das spanische "Wirtschaftswunder" vor der Krise

In den Jahren 1994 bis 2007 erlebte Spanien ein starkes Wirtschaftswachstum. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wuchs inflationsbereinigt um ganze 58 Prozent, es wurden 8,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, die Bevölkerung nahm um 7,8 Millionen Menschen zu. Das Land reduzierte seine Schuldenstandsquote von 62 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1999 auf 36 Prozent im Jahr 2007 und hätte, wie das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) aufzeigt, nur in den Jahren 1999 und 2001 leicht gegen den Fiskalpakt verstoßen. Ein Musterland, glaubt man den nackten Zahlen.

Dieser lange Boom verdeckte aber auch Strukturschwächen der spanischen Wirtschaft, die seitens der Regierung kaum angegangen wurden. Heute - im Rahmen der aktuellen Krise - kommen diese Schwächen zum Tragen: Es kam in den vergangenen Jahren zu einem enormen Anstieg der privaten Verschuldung und zu einem drastischen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit, was heute gravierende Konsequenzen hat. Dies gilt umso mehr, als Spanien mit seiner Mitgliedschaft in der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die Möglichkeit verlor, wie in der Vergangenheit durch das Abwerten seiner früheren Währung "Peseta" einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit unmittelbar entgegenzuwirken.

Hintergrund des enormen Anstiegs zunächst der privaten Verschuldung war ein kreditfinanzierter Immobilienboom. Die Aussicht auf den Beitritt zum Euro ließ den Zinssatz im

Interbankengeschäft (Mibor) schon in den 1990er Jahren von 14,5 Prozent im Dezember 1992 auf 2,7 Prozent im Mai 1999 sinken. Mit der Wirtschafts- und Währungsunion galt im Euroraum für alle Länder ein einheitlicher Leitzins der Europäischen Zentralbank (EZB), er lag auf einem für Spanien äußerst niedrigen Niveau. Das damit im Grunde seit den frühen 1990er Jahren sehr niedrige Zinsniveau hatte Konsequenzen: Die dadurch möglichen billigen Kredite führten zusammen mit Steuervorteilen für den Erwerb von Immobilien dazu, dass viele spanische Haushalte Wohneigentum erwarben. Es entstand ein Immobilienboom, von dessen Profiten Immobilienfonds und Hedgefonds, aber auch Makler, Rathäuser, Notare, und Banken profitierten. Der Anteil der Immobilienbranche am BIP wuchs laut Eurostat von 8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2000 auf 12 Prozent in 2006. Jährlich wurden bis zu 800.000 neue Wohnungen gebaut.

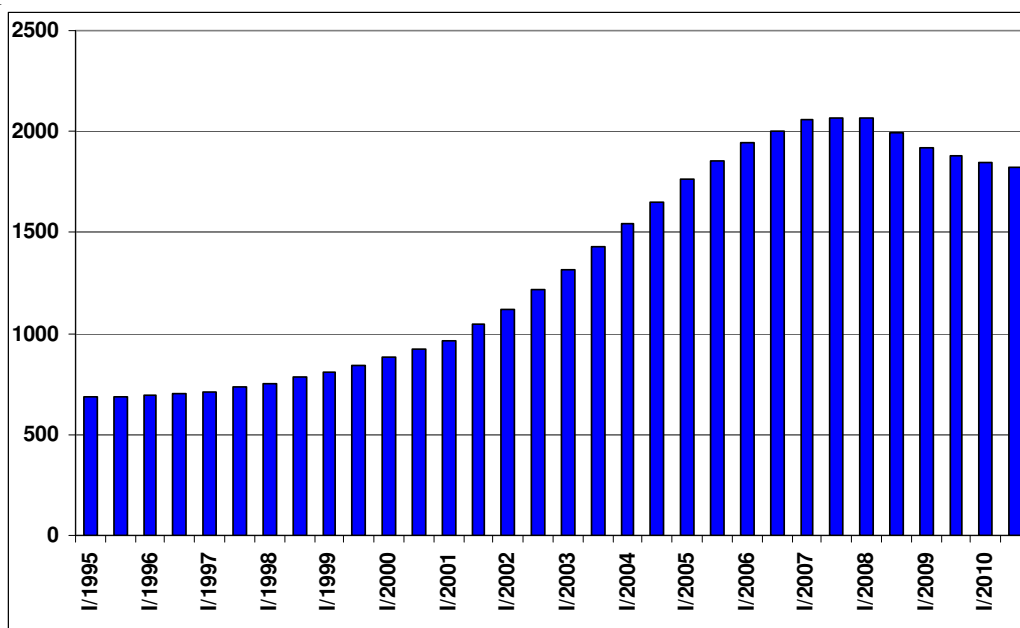


Abbildung 1: Entwicklung der Wohnimmobilienpreise in Spanien 1995-2010.

Quelle: Spanisches Wohnungsministerium, CCOO, Staatliches Institut für Statistik (INE), eigene Darstellung.

Die Arbeitsplätze, die in jener Zeit geschaffen wurden, waren überwiegend prekär. Sie ließen die Arbeitslosenquote im Jahr 2007 ihren Tiefstand erreichen: Nur 8 Prozent der Spanierinnen und Spanier waren zu diesem Zeitpunkt arbeitslos.

Dieser Immobilienboom führte alleine zwischen 2002 und 2008 zu einer annähernden Verdopplung der Immobilienpreise (Abbildung 1). Da in Spanien 85 Prozent der Bevölkerung in Eigentumswohnungen lebt, hatte letzteres einen direkten Einfluss auf die Verschuldung der Privathaushalte. Die expansive Kreditpolitik verursachte einen regelrechten Wettbewerb zwischen den Banken um die Vergabe vermeintlich billiger

Hypothekenkredite. Angesichts der "zu erwartenden" Immobilienpreissteigerungen und der niedrigen Inflation finanzierten die Banken Wohnraum teilweise ohne jeglichen Eigenanteil der Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer. Diese Immobilienblase und deutlich ausgeweitete Kreditaufnahmen seitens zahlreicher kleinerer und mittlerer bildete die ökonomische Grundlage des spanischen Wirtschaftsaufschwungs.

Es wird oft gesagt, dass die spanischen Löhne und Gehälter stärker gestiegen seien als die Löhne und Gehälter in den übrigen Eurostaaten, also hauptsächlich das Lohnkostenwachstum für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit verantwortlich sei. Allerdings: Die Löhne und Gehälter in Spanien entwickelten sich jahrelang weitgehend analog der Inflation, Reallohngewinne hatten die Beschäftigten also nicht.

Für Unternehmen sind ohnehin nicht die absoluten Lohnkosten, sondern die Lohnstückkosten relevant. Der Indikator "Lohnstückkosten" setzt Lohnkosten ins Verhältnis zur Produktivität einer Volkswirtschaft. Hierbei ist in der Tat das Problem festzustellen, dass sich die spanische Produktivität vergleichsweise schwach entwickelt hat. Sie stieg in den Vor-Krisen-Jahren 1999 bis 2008 nur um 0,1 Prozent im Jahresschnitt. In der Eurozone insgesamt stieg sie demgegenüber um 0,7 Prozent, in Deutschland sogar um 1,0 Prozent. Dies führte auch in Spanien von 1999 bis 2008 zu einem hohen Lohnstückkostenwachstum von insgesamt 33,9 Prozent - in der Eurozone lag dieser Wert lediglich bei 16,3 Prozent. Ein Ausreißer mit ökonomischem Gewicht ist dabei Deutschland, dessen Lohnstückkosten in diesem Zeitraum nur um 0,5 Prozent anstiegen. In Deutschland blieben die Lohnsteigerungen damit weit hinter den Steigerungen der Produktivität zurück, gerade auch im Vergleich mit dem Rest der Eurozone. Dies feuerte den Wettbewerb um möglichst niedrige Lohnstückkosten in Europa deutlich an - und führte in den meisten europäischen Staaten, auch Spanien, zu einem deutlichen Wettbewerbsnachteil gegenüber Deutschland.

Für die niedrige Produktivität - und die letztlich auch hieraus resultierende schwache Wettbewerbsfähigkeit der spanischen Wirtschaft - verantwortlich waren die mangelnden Investitionen in Innovation, Forschung und Entwicklung, aber auch in die Weiterqualifizierung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Eine grosse Anzahl der - in Spanien besonders zahlreichen - Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) investiert wenig in Bildung und Forschung. So liegt die Zahl der Patentanmeldungen je eine Million Einwohner in Spanien seit Jahren nur etwa bei einem Viertel der Patentanmeldungen in der Europäischen Union und verglichen mit Deutschland sogar nur etwa bei einem Zehntel. KMU haben zudem enorme Schwierigkeiten bei der Internationalisie-

rung ihrer Produkte und Dienstleistungen. Nur wenige spanische Unternehmen haben einen internationalen Durchbruch erreicht. Für die fehlende Internationalisierung der spanischen Wirtschaft war entscheidend, dass die wachstumstragenden Branchen vor allem die Bau- und die Tourismusbranche waren, die eben kaum internationalisierbar sind.

Die fehlenden Investitionen im Privatsektor wurden auch durch den öffentlichen Sektor nicht kompensiert. Der Staat konzentrierte sich vielmehr auf den Abbau der Staatsverschuldung. Die Schuldenstandsquote wurde von 1999 bis 2007 um 28 Prozentpunkte bis auf 36 Prozent des BIP gesenkt. Hingegen waren die staatlichen Ausgaben für Erziehung und Bildung sowie die öffentlichen Investitionen in Forschung, Entwicklung und Innovation viel zu niedrig. Erstere lagen im Jahr 2009 nur bei 0,6 Prozent, letztere knapp über 1,3 Prozent des BIP, womit das Ziel der Lissabon-Strategie von drei Prozent nicht einmal annähernd erreicht wurde.

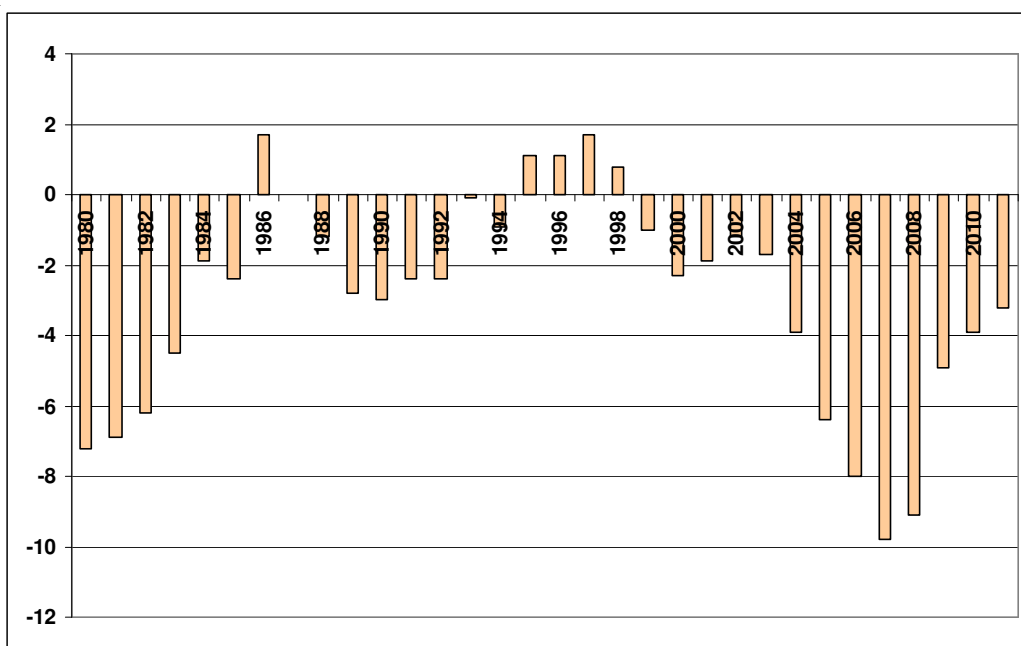


Abbildung 2: Leistungsbilanzdefizit Spaniens 1980-2011 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts.
Quelle: INE, eigene Darstellung.

Die geringe Produktivität und die leicht überdurchschnittliche Inflation hatten eine wachsende Exportschwäche zur Folge, die im einheitlichen Euro-Währungsraum nicht durch die Abwertung der Währung ausgeglichen werden konnte. Sie führte wiederum zu einem hohen Leistungsbilanzdefizit (Abbildung 2). Dem standen enorme und im Zeitverlauf wachsende Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands und weniger anderer europäischer Staaten gegenüber. Das spanische Leistungsbilanzdefizit belief sich 2008

auf ganze 104,6 Mrd. Euro, was 9,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachte. 2007 hatte Spanien nach den USA das zweitgrößte Leistungsbilanzdefizit der OECD. Die Verschuldung der spanischen Privataushalte und der Unternehmen war dementsprechend stark gestiegen - zunächst aber noch nicht die staatliche Verschuldung: Während die spanische Staatsschuld zu Beginn der Krise eine der niedrigsten der EU war, lag die Außenverschuldung Spaniens im Jahr 2009 bei über 160 Prozent des BIP (Abbildung 3).

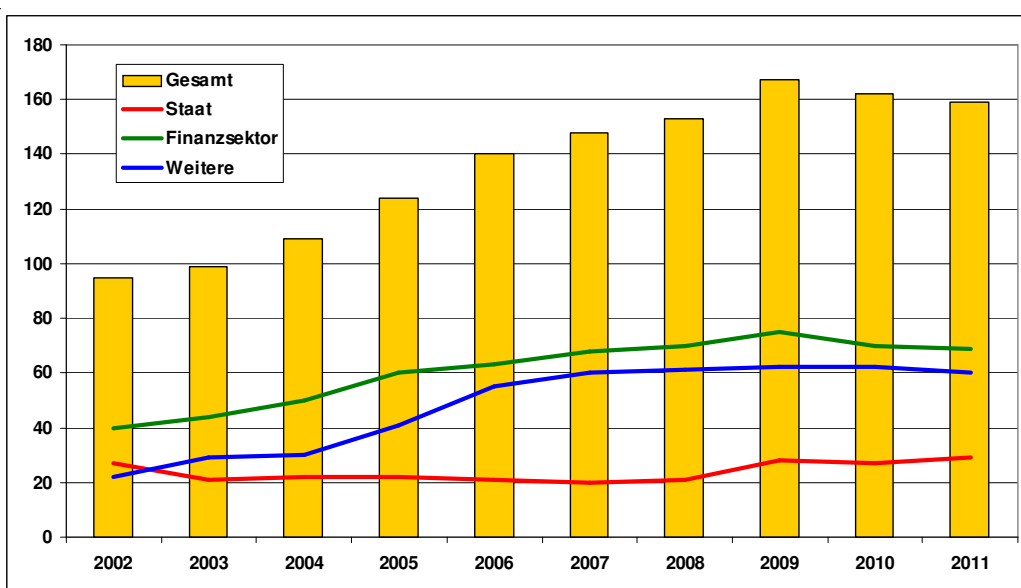


Abbildung 3: Außenverschuldung spanischer Wirtschaftsakteure 2002-2011 in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Quelle: Spanische Nationalbank, CCOO, eigene Darstellung.

Dieses Wachstumsmodell wurde vom früheren spanischen Ministerpräsidenten, dem Konservativen José María Aznar, als für die ganze Welt geeignetes Modell dargestellt, was der 2004 gewählte sozialistische Ministerpräsident José Luis Zapatero ohne Weiteres gerne übernahm. Doch das Modell stand auf tönernen Füßen. Die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise brachte die Strukturschwächen der spanischen Wirtschaft schnell und brutal zum Vorschein. Strukturschwächen, die allerdings durch eine völlige Fehlkonstruktion der Währungsunion sowie durch eine insbesondere von Deutschland betriebene Billiglohnkonkurrenz in Europa überhaupt erst in diesem Ausmaß zum Tragen kommen konnten.

Die Krise - wirtschaftlich und sozial

Im Jahr 2008 kam es auch in Spanien zum offenen Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Finanzmärkte krachten zusammen, und mit ihnen der Zugang spani-

scher Banken zu Kapital. Gerade in kleineren und mittleren Betrieben kam es zu Kapitalengpässen mit verheerenden Folgen für die Beschäftigung. Von 2007 bis 2009 gingen über 1,6 Millionen Arbeitsplätze verloren. Allein im Bausektor waren es 920.000. Die Arbeitslosenquote stieg von 8,6 Prozent Anfang 2008 bis auf 24,4 Prozent im März 2012. Bei den 16- bis 24-Jährigen beträgt sie bis zu 52 Prozent. Die Krise führte zu steigenden Staatsausgaben und einbrechenden Steuereinnahmen. Das Haushaltsdefizit stieg vor diesem Hintergrund von 4,2 Prozent im Jahr 2008 auf 11,1 Prozent im Jahr 2009. Die Staatsschulden, die bis 2007 auf 36,1 Prozent des BIP gesenkt worden waren, stiegen bis 2011 wieder rasant auf bis zu 68,5 Prozent an.

Die ersten Maßnahmen der damaligen sozialistischen Regierung unter Ministerpräsident José Zapatero zielten darauf ab, die Nachfrage zu stimulieren und den wachsenden Beschäftigungsverlust zu stoppen. Es wurden 8 Mrd. Euro im Rahmen eines Bauprogramms an die Gemeinden verteilt, Abwrackprämien eingeführt und Kredite sowie Steuersenkungen für KMUs ermöglicht. Die Konjunkturprogramme hatten in weiten Teilen durchaus Erfolg. Im Mai 2010 aber änderte Zapatero seinen Kurs. Auf Druck des Europäischen Rats, der EZB und des Internationalen Währungsfonds (IWF) entwarf er einen Plan zur Haushaltskonsolidierung, mit dem er 45 Mrd. Euro einsparen wollte. Darin vorgesehen waren die Kürzung von Beamtengehältern, das Einfrieren der Renten und die zeitliche Verschiebung öffentlicher Bauvorhaben.

Noch im Juni 2010 wurde eine Arbeitsmarktreform erlassen, die seitens der Unternehmen genutzt wurde, um spontane Massenentlassungen durchzuführen. Im Juli 2010 wurde die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent erhöht und ein Gesetz zur Reform der Sparkassen erlassen. Das Renteneintrittsalter wurde von 65 auf 67 Jahre erhöht. Mitte August 2011 schrieb die Sozialistische Partei PSOE in einer Nacht-und-Nebel-Aktion, gemeinsam mit dem konservativen Partido Popular (Volkspartei), eine so genannte "Schuldenbremse" in die spanische Verfassung.

Mit dieser Austeritätspolitik erzielte die Regierung Zapatero aber keinen Erfolg: Die Anzahl der Arbeitslosen stieg weiterhin. Die internationalen Finanzmärkte verlangten nicht etwa niedrigere, sondern sogar höhere Zinsen für Kredite an den spanischen Staat. Zapatero hatte seine Amtszeit mit den Worten begonnen: "Ich werde euch nicht enttäuschen!" In seine Amtszeit fiel dann am 29. September 2010 ein Generalstreik der beiden großen Gewerkschaften CCOO und UGT. Und in den Wahlen am 20. November 2011 endete sie mit der schlimmsten Wahlniederlage der Sozialistischen Partei in der jüngeren Geschichte.

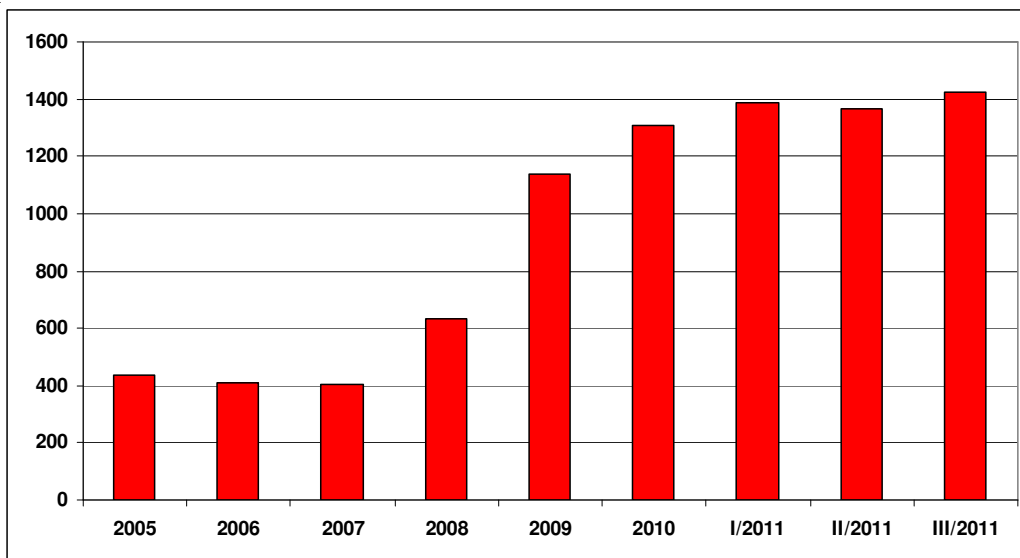


Abbildung 4: Anzahl der Familien in Tausend, in denen alle Familienmitglieder arbeitslos sind. Quelle: EPA/INE, eigene Darstellung.

Als daraufhin Mariano Rajoy und seine rechte Volkspartei das Ruder mit absoluter Mehrheit übernahmen, waren in Spanien schon in über 1,4 Millionen Familien alle Familienmitglieder arbeitslos (Abbildung 4). Da immer mehr Menschen ihre Hypothekenkredite nicht mehr zurückzahlen konnten, nahm die Zahl der Räumungen exorbitant zu. Über 500 Mal pro Tag wurden seit Anfang des Jahres 2012 Familien durch Gerichtsvollzieher aus ihren Wohnungen vertrieben.

Der neugewählte spanische Ministerpräsident setzt die Austeritätspolitik seines Vorgängers fort. Mit Leib und Seele setzt er die Maßnahmen um, die ihm seitens der Europäischen Zentralbank, dem Europäischen Rat und dem IWF vorgeschlagen wurden.

Am 10. Februar 2012 wurde erneut eine Arbeitsmarktreform durchgesetzt. Durch sie wurden unter anderem die Tarifbindungen in bestimmten Unternehmen abgeschafft, die Entschädigungen für Kündigungen reduziert sowie Möglichkeiten für Unternehmen geschaffen, bei sinkender Produktivität oder abnehmender Wettbewerbsfähigkeit einseitig Löhne, Arbeitszeit und Urlaubszeiten zu bestimmen oder Versetzungen anzugeben. Die Antwort der Gewerkschaften war ein neuerlicher Generalstreik, der am 29. März stattfand. 70 Prozent der Wirtschaft wurden lahmgelegt, Millionen Menschen demonstrierten auf den Straßen. Rajoy hielt dennoch an seinem Kurs fest: Am Tag nach dem Generalstreik präsentierte er den spanischen Haushaltsplan, der Einschnitte im Umfang von 27 Mrd. Euro aufwies.

Am 28. Mai wurde bekannt, dass die frühere Sparkasse von Madrid, jetzt Bankia, vor dem Bankrott stand und gerettet werden sollte. Aus den anfänglichen 7 Mrd. Euro, die

dafür vorgesehen waren, wurden schließlich 23,5 Mrd. Diese Summe entspricht annähernd den zuvor beschlossenen Kürzungen. Am 19. Juli wurde ein neues Konsolidierungspaket für 2012-2014 im Umfang von 65 Mrd. Euro durchgesetzt. Die Maßnahmen schlossen unter anderem eine deutliche Mehrwertsteuererhöhung, Lohnkürzungen für Beamtinnen und Beamte sowie eine Kürzung des Arbeitslosengelds ein. Zwischenzeitlich wurden auch andere Maßnahmen genehmigt - wie etwa höhere Zahlungen durch Rentnerinnen und Rentner für die medizinische Versorgung.

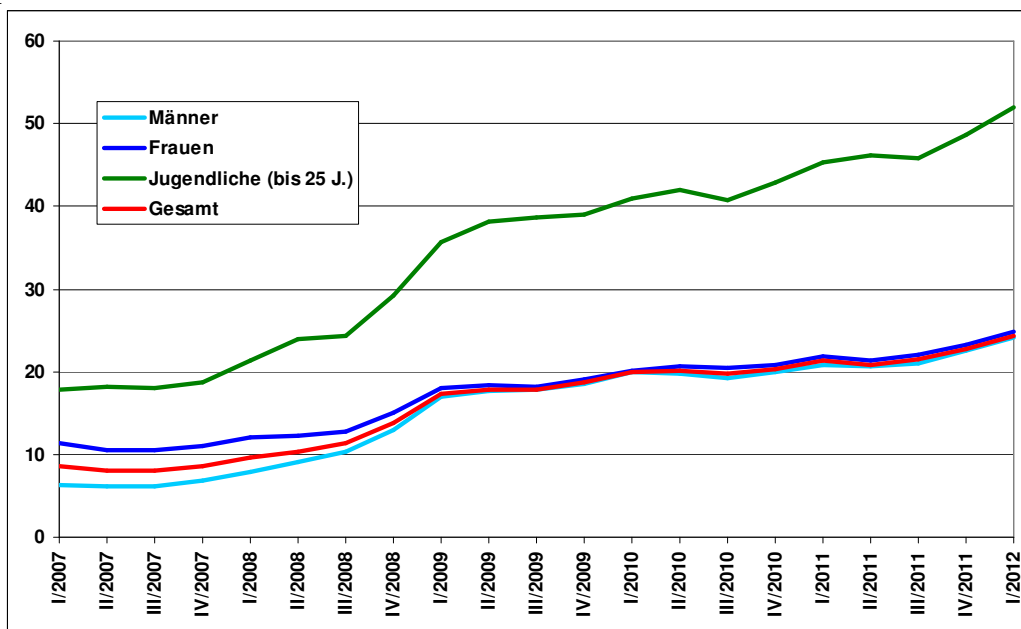


Abbildung 5: Entwicklung der Arbeitslosigkeit.
Quelle: INE, eigene Darstellung.

Mit ihrer Austeritätspolitik wollten die Regierungen Zapatero und Rajoy den Zugang Spaniens zu den internationalen Kapitalmärkten gewährleisten. Die Risikoprämien auf Zinsen, die der Staat für seine Kredite zu bezahlen hat, wollte man niedrig halten, indem man durch "Sparen" das "Vertrauen" der "Märkte" wieder herstellt. Aber: Mit dieser Politik sind beide Regierungen gescheitert. "Die Finanzmärkte" schätzen die Maßnahmen nicht, die die beiden Ministerpräsidenten getroffen haben - denn auch "die Finanzmärkte" registrieren die verheerenden wirtschaftlichen Folgen dieser Politik. Seit Mai 2010, als diese Austeritätspolitik eingeführt wurde, sind die Risikoprämien von knapp über 160 Prozentpunkten auf zeitweise über 600 Prozentpunkte gestiegen. Die Zinsen, die Spanien auf Kredite an den Kapitalmärkten zu bezahlen hat, sind also nicht zurückgegangen, sondern geradezu explodiert. Und auch die Arbeitslosigkeit stieg drastisch an (Abbildung 5).

Forderungen der spanischen Gewerkschaften

Die angeblichen Lösungen der vom europäischen Rat ausgehenden Kürzungspolitiken verschlechtern zunehmend die wirtschaftliche und soziale Lage, zugleich verursachen sie ein immenses Demokratiedefizit. Die Bevölkerung und ihre gewählten Vertreterinnen und Vertreter werden zunehmend vor vollendete Tatsachen gestellt. Austeritätsfixierte Politik ist also nicht nur unwirksam, sondern auch unsozial und undemokratisch. Die europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stehen vor gemeinsamen Herausforderungen: Der neoliberalen Offensive standzuhalten, soziale Elemente der europäischen Integration zu verteidigen und ein sozialeres Europa zu erkämpfen. Die spanischen Gewerkschaften CCOO und UGT arbeiten in diesem Sinne eng zusammen.

Gemeinsam fordern sie Lösungen auf europäischer Ebene. Klar ist: Der soziale Dialog und Tarifautonomie sind unabdingbare Voraussetzungen für die Überwindung der Krise. Notwendig ist ferner, dass sich die Staaten des Euroraums der spekulativen Offensiven der Finanzmärkte erwehren können - hierzu braucht es gemeinsame europäische Staatsanleihen sowie den Zugang zu Krediten der Europäischen Zentralbank. Eine Lösung der Eurokrise kann es zudem nur unter den Vorzeichen wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit geben: So müssen zum einen diejenigen zur Kasse gebeten werden, die Verantwortung für die Krise tragen. Zum anderen müssen zukünftige Kosten für die Überwindung der Krise wie auch für die Entwicklung eines nachhaltigen europäischen Wachstumsmodells gerecht verteilt werden. Dazu bedarf es einer progressiven Besteuerung von Einkommen und Vermögen. Den Steuerparadiesen, der Steuerhinterziehung und der Korruption muss ein Ende gesetzt werden.

Nicht spanische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer rufen Steuerzahlende aus anderen Ländern zur Kasse. Es sind vielmehr die spanischen und europäischen Banken, die sich in ihrer expansiven Kreditpolitik übernommen haben und die nun ihre Risiken auf die gesamte europäische Bevölkerung überwälzen wollen. Die Währungsunion bedarf vor diesem Hintergrund auch aus Gerechtigkeitsgründen einer gemeinsamen Steuerpolitik, die überhaupt erst eine gemeinsame Wirtschaftspolitik möglich macht.

Läge der Umfang von Steuerhinterziehung in Spanien auf dem niedrigeren europäischen Niveau, so hätten die dortigen öffentlichen Haushalte jährlich mehr als 35 Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen. Stattdessen aber hat die spanische Regierung in diesem Jahr eine Steueramnestie für Steuerhinterzieherinnen und Steuerhinterzieher erklärt - und das, obwohl höhere Einnahmen absolut notwendig wären. Spanien braucht öffentliche

Investitionen, um Schwächen in der Berufsbildung, in der Forschung und Entwicklung zu überwinden.

Am 25. Januar unterschrieben spanische Gewerkschaften und Arbeitgeber ein Abkommen über Beschäftigung und Tarifverhandlungen. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten sollte eingedämmt werden, Gewinne sollten wieder in die Betriebe investiert werden, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die spanische Regierung aber verzichtete darauf, dieses Ergebnis des sozialen Dialogs aufzunehmen.

Da verwundert es nicht, dass die Auseinandersetzungen und sozialen Konflikte in Spanien derzeit massiv zunehmen. Die Politik der jetzigen Regierung widerspricht dem Programm, mit dem sie zu den letzten Wahlen antrat. Die spanischen Gewerkschaften verlangen daher eine Volksabstimmung über die aktuelle Kürzungspolitik. Stattdessen aber verkündet die Regierung wieder neue Kürzungen. Diesmal soll es an die Renten gehen (die Mindestrente beträgt heute schon ohnehin kaum über 500 Euro).

Erfreulich ist, dass die spanischen Gewerkschaften in ihrem Kampf einen immer größeren Rückhalt erfahren. Sie agieren gemeinsam mit einer großen Zahl sozialer Bewegungen und Initiativen. Es ist also in Spanien ein heißer Herbst zu erwarten. Am 15. September werden Gewerkschaften und soziale Bewegungen gemeinsam auf Madrid marschieren. Und auch ein neuer Generalstreik ist äußerst wahrscheinlich.

Dringender Korrekturbedarf: Ungleiche Verteilung und unterfinanzierte öffentliche Haushalte

Von Kai Eicker-Wolf und Patrick Schreiner

Zwei Themen sind Dauerbrenner in den wirtschaftspolitischen Debatten der vergangenen Jahre: Die finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte (einschließlich der Staatsverschuldung) auf der einen und die zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen auf der anderen Seite. Zwischen beiden besteht ein unmittelbarer Zusammenhang.

Verteilungspolitischer Trend: Zunehmende Ungleichverteilung

Nicht nur in Deutschland hat die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen stark zugenommen. So sank der Anteil der Löhne an allen Einkommen seit der Jahrtausendwende deutlich, während sich spiegelbildlich die Gewinneinkommen erhöhten. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung betitelte Ende 2012 einen Aufsatz zur Entwicklung der Löhne mit der bedenklichen Überschrift: „Reallöhne 2000-2010: Ein Jahrzehnt ohne Zuwachs“. Für die äußerst schlechte Lohnentwicklung ist unter anderem ein drastischer Anstieg des Niedriglohnsektors verantwortlich. In diesem Lohnsegment arbeitet mittlerweile mehr als jeder fünfte Beschäftigte - Frauen sind besonders betroffen.

Diese Entwicklung erklärt die seit Mitte der 1990er Jahre in Deutschland bestehende Schwäche des privaten Konsums. Wenn die Löhne stagnieren oder sogar sinken, und wenn die Einkommensverteilung sich zu Gunsten von hohen Einkommen verschiebt, dann können Menschen mit niedrigen oder durchschnittlichen Einkommen nur auf zwei Weisen reagieren. Sie können sich entweder mehr und mehr verschulden, um ihren Konsum aufrecht zu erhalten. Dies war aufgrund dortiger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen beispielsweise in den USA oder in Spanien überwiegend der Fall. Oder aber sie können ihre Konsumausgaben senken, wie es in Deutschland überwiegend praktiziert wurde. Die aktuelle Finanzkrise hat gezeigt, wie schädlich beide Varianten sind - und damit die soziale Ungleichheit generell.

Weit in den Schatten gestellt wird die Entwicklung bei den Einkommen von der Polarisierung bei der Vermögensverteilung (Abbildung). Die ärmsten 10 Prozent der Bevölkerung waren im Jahr 2007 verschuldet. Rund zwei Drittel aller Erwachsenen weisen kein oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen auf. Auf der anderen Seite verfügen die reichsten 10 Prozent der Deutschen über mehr als 60 Prozent des Gesamtvermögens, und alleine das reichste 1 Prozent besitzt knapp 23 Prozent der privaten

Vermögen. Im Jahr 2007 betrug dabei das Nettovermögen aller Privathaushalte insgesamt 6,6 Billionen Euro, was damals einem Anstieg um 900 Mrd. Euro entsprach. Zwischenzeitlich dürften die privaten Nettovermögen nochmals deutlich auf heute etwa 7,5 Billionen Euro angestiegen sein. Gesicherte Zahlen werden wohl im kommenden Jahr veröffentlicht.

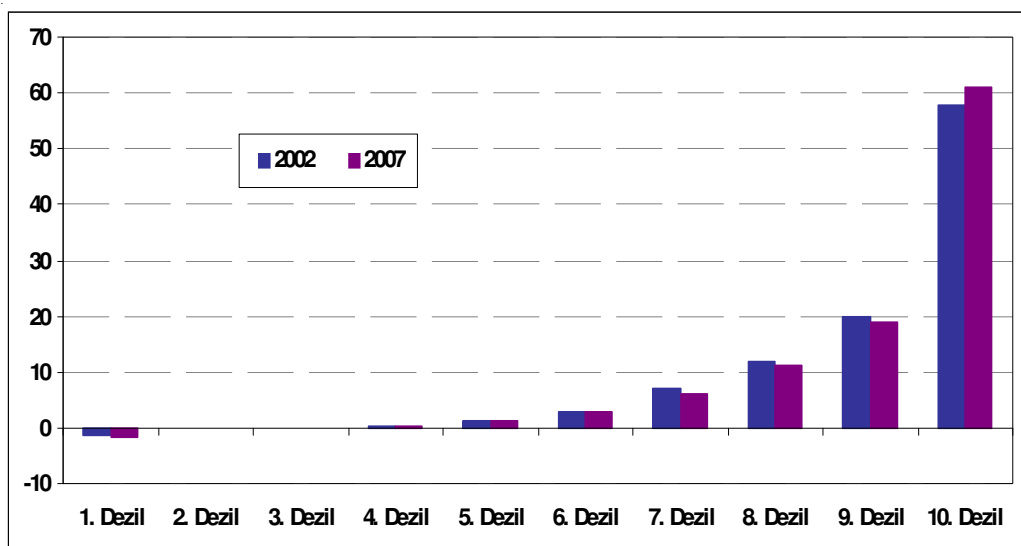


Abbildung: Die Verteilung des Nettovermögens* in Deutschland in den Jahren 2002 und 2007. * Vermögen von Personen ab 17 Jahren. Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, eigene Darstellung.

Persönlicher Reichtum wird einerseits durch Erbschaft oder Schenkung von Generation zu Generation weitergegeben, andererseits aber besteht auch ein Zusammenhang zwischen der Höhe von Einkommen und der Höhe von Vermögen: Wer viel verdient, verfügt meist auch über ein hohes Vermögen. Dabei beeinflussen sich Einkommenssteigerungen und Vermögenszuwächse gegenseitig - hohe Einkommen ermöglichen über Ersparnisse eine entsprechende Vermögensbildung, und steigende Vermögen werfen wachsende Zinserträge ab.

Finanzpolitischer Trend: Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte

Die Steuersenkungen der vergangenen Jahre, die insbesondere reichen Privathaushalten und dem Unternehmenssektor zu Gute gekommen sind, haben die Tendenz zu einer immer ungleicheren Verteilung zusätzlich verstärkt - und die öffentlichen Kassen geleert. Die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen sind heute strukturell unterfinanziert: Selbst in konjunkturell guten Jahren weisen sie keine Überschüsse auf, wichtige Ausgaben etwa für öffentliche Infrastruktur, für Bildung und Soziales oder für Erneuerbare Energien können nur unzureichend getätigt werden. Würde aktuell noch das Steuerrecht

des Jahres 1998 gelten, dann hätten die öffentlichen Haushalte allein im vergangenen Jahr rund 50 Mrd. Euro mehr Einnahmen gehabt.

Im internationalen Vergleich fällt der Anteil vermögensbezogener Steuern (Erbschaftsteuer, Vermögensteuer usw.) am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland besonders niedrig aus: Er ist mit unter einem Prozent nur etwa halb so hoch wie der Durchschnitt der OECD-Länder. Die Vermögensteuer wird in Deutschland seit Ende der 1990er Jahre gar nicht mehr erhoben. Die Erbschaftsteuer bringt jährlich nur etwa vier Mrd. Euro, sie gehört damit zu den Steuern mit eher geringem Aufkommen. Dies resultiert daraus, dass reiche Erben dank niedriger Steuersätze nur mäßig zur Kasse gebeten werden.

Dabei wäre eine deutlich höhere Besteuerung von Erbschaften und eine allgemeine Vermögensteuer nicht nur möglich, sondern gemäß dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit auch folgerichtig: Erbschaften und geerbtes Vermögen stellen für die Begünstigten ein vollkommen leistungsloses Einkommen dar. Reiche Erben haben aufgrund ihrer sozialen Herkunft in der Regel sowieso schon bessere Bildungs- und Verdienstmöglichkeiten.

Was tun?

Leere öffentliche Kassen und die zunehmende Konzentration von Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille. Die verschiedenen deutschen Bundesregierungen der letzten Jahre haben es versäumt, die zunehmende Polarisierung der Einkommens- und Vermögensverteilung zu korrigieren. Ganz im Gegenteil haben sie den Sozialstaat ebenso geschleift wie die Rechte der Beschäftigten. Durch Steuersenkungen insbesondere für reiche Haushalte, für hohe Einkommen und für Unternehmensgewinne haben sie die Polarisierung von Einkommen und Vermögen weiter vorangetrieben.

Das Ergebnis ist eine verteilungspolitische Schieflage, verbunden mit fehlenden Mitteln für öffentliche Ausgaben und mit einer steigenden Staatsverschuldung. Hier schließt sich der Kreis: In einer kapitalistischen Volkswirtschaft steht jedem Euro Vermögen notwendig genau ein Euro Schuld gegenüber. Den Anstieg der Staatsverschuldung kann daher nicht umkehren, wer den Anstieg von Vermögen nicht in den Blick nehmen möchte. Daher wird, wer die öffentliche Verschuldung reduzieren möchte, an einer unbequemen Wahrheit nicht vorbeikommen: Jeder Abbau der Staatsverschuldung geht notwendig und zwingend mit einem Abbau von Privatvermögen einher. Die politische Frage ist

allerdings, ob Privatvermögen dadurch abgebaut wird, dass man durchschnittliche Einkommen stärker belastet und ärmere Menschen noch mehr in Verschuldung stürzt - oder indem man endlich hohe Einkommen und Vermögen stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens heranzieht.

Um die aufgezeigte Entwicklung zu korrigieren, bedarf es daher unter anderem einer Steuerpolitik, die wieder zum Prinzip der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit zurückkehrt. Von zentraler Bedeutung wäre in diesem Zusammenhang eine Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften. Schon eine moderate Vermögensteuer mit ausreichenden Freibeträgen und einem Steuersatz von einem Prozent brächte Einnahmen von jährlich rund 20 Mrd. Euro. Wenn zudem besonders hohe Erbschaften stärker besteuert würden, könnten weitere 6 Mrd. Euro für die öffentliche Hand mobilisiert werden.

Angesichts der gewaltigen Vermögenskonzentration wäre zudem eine Vermögensabgabe sinnvoll, die besonders hohe Reichtümer einmalig mit einer Abgabe belegt. Dies würde den öffentlichen Haushalten einen großen Betrag zuführen, um die Folgeschäden der Krise zu beseitigen.

Vergesst die Krise!

Buchbesprechung

Von Kai Eicker-Wolf

Hohe Arbeitslosigkeit und eine höchstens schleppende Erholung in den USA, Eurokrise und dramatische wirtschaftliche Abschwünge in vielen europäischen Ländern - nach wie vor prägt die im Herbst 2008 offen ausgebrochene Finanz- und Wirtschaftskrise das ökonomische Geschehen. Der Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman setzt sich in seinem neuen Buch "Vergesst die Krise" vor allem mit der Frage auseinander, wie dieser schärfste ökonomische Einbruch seit dem zweiten Weltkrieg überwunden werden kann.

Dem deutschen Titel zum Trotz - der Titel der amerikanischen Originalausgabe "End This Depression Now!" trifft den Inhalt besser - befasst sich der Autor auch mit Ursachen und Verlauf der Krise. Er arbeitet sich dabei vor allem an der wirtschaftlichen Lage in den USA und den dort aktuell geführten Debatten ab. Aber auch die Eurokrise nimmt einen breiten Raum ein. Krugman kann überzeugende Argumente gegen die häufig zu hörenden Kürzungsvorschläge ins Feld führen und plädiert für eine Wirtschaftspolitik, die insbesondere durch staatliche Nachfrageprogramme die Konjunktur ankurbelt. Besonders kritisch sieht Krugman die Situation in Europa: Hier habe der Versuch, Haushaltskrisen mit "hektisch zusammengeschusterten und erbarmungslosen Sparpaketen" in den Griff zu kriegen, die Arbeitslosigkeit auf Rekordstände getrieben. Vor allem der deutschen Regierungspolitik spricht Krugman jedes Verständnis für die Krise in Europa ab: "Sie verweisen gern auf den Aufschwung des Landes seit Ende der 1990er Jahre und erheben ihn zum Modell, dem alle anderen zu folgen haben. Der Schlüssel für den deutschen Aufschwung war die Wende von einem Außenhandelsdefizit zu einem -überschuss, das heißt, Deutschland verkauft seither mehr ins Ausland, als es aus dem Ausland importiert. Das funktioniert natürlich nur, weil andere Länder (vor allem in Südeuropa) ein entsprechend größeres Außenhandelsdefizit aufgebaut haben. Heute stecken alle in Schwierigkeiten, aber es können nicht alle mehr verkaufen als sie selbst kaufen. Die Deutschen scheinen das nicht zu verstehen, oder vielleicht wollen sie es auch einfach nicht verstehen" (S. 41).

Aufgrund von anschaulichen Beispielen gelingt es Krugman, komplizierte Sachverhalte nachvollziehbar darzustellen. Das Buch ist gut verständlich geschrieben. Krugmans Argumentation ist stringent und überzeugend.



Paul Krugman: Vergesst die Krise! Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen, Campus Verlag 2012, ISBN 978-3-593-39729-0, 270 Seiten, 24,90 Euro.

23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen

Buchbesprechung

Von Patrick Schreiner

Bei dem hier zu besprechenden Buch handelt es sich um eine rundum gelungene und gut lesbare Kritik neoliberaler Ideologien - aus einer interessanten Perspektive geschrieben von Ha-Joon Chang, einem südkoreanischen Wirtschaftswissenschaftler, der in den USA lehrt.

Das Buch ist in 23 Kapitel gegliedert. Jedes Kapitel widmet sich einem Sachverhalt, der im neoliberal geprägten öffentlichen Diskurs als unhinterfragt hingenommen wird - und den es doch kritisch zu hinterfragen gilt. Chang zeigt beispielsweise erstens auf, was Kapitalismus überhaupt ist (etwa Kapitel 1, 5, 19). Dabei räumt er mit zahlreichen (positiven) Vorurteilen auf, ohne aber eine grundsätzlich antikapitalistische Position im engeren Sinne einzunehmen. Er widerlegt zum zweiten den Mythos, dass freie Märkte vorzuziehen oder überhaupt auch nur möglich sind - und auf der anderen Seite widerlegt er zugleich den Mythos, dass ein starker Sozialstaat oder die umfangreiche staatliche Regulierung der Märkte schädlich seien (etwa Kapitel 1, 2, 6, 13, 16, 20, 21, 22). Chang ist Entwicklungsökonom, folglich bilden drittens auch entwicklungspolitische Ausführungen einen gewissen Schwerpunkt (etwa Kapitel 3, 7, 11, 12, 15). Und schließlich greift Chang weitere Themen auf, etwa die Bildungspolitik (Kapitel 17).

Changs Buch ist dreierlei: Es ist erstens und vor allem eine Kritik westlich-neoliberalen Denkens. Es ist zweitens eine kluge Zusammenfassung kritischen Denkens, in der wieder und wieder die Bedeutung der Regulierung von Märkten, der staatlichen Steuerung der Wirtschaft sowie der Steuerung volkswirtschaftlicher Nachfrage thematisiert wird. Drittens ist Changs Buch schließlich eine gelungene Analyse der Ursachen, die zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise geführt haben.

Seine Ausführungen sind gut verständlich und rasch lesbar, nicht zuletzt aufgrund der Einteilung in 23 in sich geschlossene Argumentationen. Zahlreiche klug gewählte Beispiele und Analogien erleichtern das Verständnis. Inhalte reduziert Chang auf das Wesentliche; der Komplexität des Gegenstands wird er dennoch gerecht. Das ist fundierte populärwissenschaftliche Ökonomik im besten Sinne.



Ha-Joon Chang: 23 Lügen, die sie uns über den Kapitalismus erzählen. München: Goldmann 2012. ISBN 978-3-442-15728-0, 380 Seiten, 9,99 Euro.

Impressum

ISSN 1868-8209

Herausgeber: Arbeitskreis für Wirtschafts- und Strukturpolitik bei den DGB-Bezirken Hessen-Thüringen und Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt. Die elektronische Zeitschrift "WISO-Info" behandelt sozial-, struktur- und wirtschaftspolitische Themen aus gewerkschaftlicher Sicht und erscheint unregelmäßig etwa drei- bis viermal pro Jahr.

Redaktion: Dr. Patrick Schreiner (verantwortlich), Dr. Kai Eicker-Wolf, Sylvia Kampa und Ute Kamradek.

Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht zwingend die Positionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes oder seiner Mitgliedsgewerkschaften wieder.

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
Otto-Brenner-Straße 7
30159 Hannover
Telefon: 0511 12601-33
<http://www.niedersachsen.dgb.de>

DGB-Bezirk Hessen-Thüringen
Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77
60329 Frankfurt/Main
Telefon: 069 273005-53
<http://hessen-thueringen.dgb.de>

E-Mail und kostenfreies E-Mail-Abonnement: wiso-info@dgb.de

WISO-Info bei Facebook: <http://www.facebook.com/dgbwisoinfo>

Wir freuen uns über Artikel- und Interviewvorschläge ebenso wie über Briefe unserer Leserinnen und Leser. Unsere "Hinweise für Autorinnen und Autoren" senden wir Ihnen gerne zu. Ein Anspruch auf Veröffentlichung von Texten besteht nicht. Der Arbeitskreis für Wirtschafts- und Strukturpolitik kann leider keine Honorare bezahlen.

Kopie und Weiterverbreitung in unveränderter Form unter Angabe der Quelle erwünscht.